

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel vom 11. bis 13. März 2012 sowie von Beschlüssen des 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Danzig, Polen, vom 3. bis 5. Juli 2011**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 13. März 2012 verabschiedeten Resolution sowie der vom 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 5. Juli 2011 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee und die in der Resolution des 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung über die diesbezügliche Entwicklung im Ostseeraum, insbesondere auch über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Helmut Holter und Fraktion**

**Jürgen Suhr und Fraktion**

**Begründung:****A. 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee, 11. - 13. März 2012**

Vom 11. bis 13. März 2012 fand das 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee zum Thema „Regionale Entwicklungsstrategie ‚Südliche Ostsee 2020‘“ in Kiel, Schleswig-Holstein statt. Rund 70 Teilnehmer der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie des schwedischen Regionalrates Schonen beteiligten sich an der Konferenz. Die Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern wurde durch die Präsidentin Frau Sylvia Bretschneider geleitet. Darüber hinaus haben die Abgeordneten Detlef Müller, Jochen Schulte, Beate Schlupp, Andreas Texter und Jutta Gerkan an dem Forum teilgenommen, mitgewirkt in der Delegation haben außerdem die Abgeordneten Barbara Borchardt und Dr. André Brie.

Inhaltlicher Ausgangspunkt des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee war die EU-Strategie Europa 2020 mit den Eckpfeilern „nachhaltiges Wachstum“, „Innovation“ sowie „Beschäftigung unter verstärkter Einbeziehung der sozialen und ökologischen Dimension“. Darauf aufbauend wurden mit Schwerpunkten in den Bereichen „Bildung und Beschäftigung“, „Nachhaltiges Wachstum (Green Growth) mit den Unterpunkten „Erneuerbare Energien“, „Ressourceneffiziente Ökonomie“, „Nachhaltiger Tourismus“ und „Integrierte Maritime Politik“ Elemente einer Strategie für die Regionalentwicklung der Region Südliche Ostsee erarbeitet (vgl. Teil I der Resolution). Insbesondere im Bereich des „Nachhaltigen Wachstums“ konnte das 10. Parlamentsforum dabei an die Vorarbeiten vergangener Parlamentsforen anknüpfen, die als immer noch aktuell bewertet wurden. Mit Sachverständigen zu dem Themenkomplex der „EU-Ostseestrategie“, der energetischen Gebäudesanierung sowie des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie dem „Nachhaltigen Tourismus“ hat der Landtag das Forum mitgestaltet.

Mit der Resolution wurde eine Orientierungslinie für künftige Arbeitsschwerpunkte des Parlamentsforums beschrieben. Dabei standen die Identifikation gemeinsamer Interessen und die Definition daraus abzuleitender Konsequenzen für die Reform der EU-Strukturpolitik für die Programmplanungsperiode 2014 - 2020 im Mittelpunkt (vgl. Teil II der Resolution). Das 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat damit zum Selbstverständnis der Region als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Mit Teil III der Resolution wurde vor diesem Hintergrund eine Vision „Südliche Ostsee der Zukunft“ vorgelegt. Darin werden Punkte beschrieben, die im Konsens der Delegationen der Partnerparlamente die Region als innovativen Wachstumsraum kennzeichnen sollen: Es wird der Bedarf gesehen, die grenzüberschreitende Regionalentwicklung zukunftsfähig auszugestalten und dabei auch weiterhin gemeinsame Impulse in den Bereichen des nachhaltigen und ressourcenschonenden Wachstums, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und des nachhaltigen Tourismus, der integrierten Meerespolitik, der Umweltpolitik, der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Gesundheitsversorgung, der Verkehrsinfrastruktur und im Zusammenwachsen seiner kulturellen Vielfalt zu setzen.

Insgesamt wurden die in der Resolution des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Empfehlungen anhand von Beiträgen aus den Partnerparlamenten und Vorträgen im Rahmen des Forums ausgearbeitet, in denen Sachverständige und Experten aus den Regionen und der Europäischen Union zu den Themenkomplexen angehört wurden. Gesonderte Sachverständigenanhörungen wurden - anders als in den Vorjahren, aus Zeitgründen in Anbetracht der vorgezogenen Parlamentswahlen in Schleswig-Holstein - nicht durchgeführt. Eine vorbereitende Arbeitsgruppensitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, in deren Mittelpunkt die Erarbeitung der Resolution stand, fand am 27. und 28. Februar 2012 im Schweriner Landtag statt.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

### **Konferenzablauf des X. Parlamentsforums, 11. bis 13. März 2012 in Kiel**

#### **I. Regionale Strategien für Innovation, nachhaltiges Wachstum Bildung und Beschäftigung im Jahre 2020**

Frau **Annika Annerby-Jansson (Schonen, Vorsitzende des Regionalrates)** erläuterte das Ziel der Region Schonen, bis 2020 die innovativste Region im Ostseeraum zu werden. Schonen strebe an, als nationales und internationales Wissenschaftszentrum auf die angrenzenden Regionen auszustrahlen. Annerby-Jansson bekräftigte die Bedeutung einer engen transnationalen Zusammenarbeit als Grundlage für regionale Entwicklung und hob die Bedeutung der festen Landverbindung Fehmarn-Belt hervor. Schonen stehe als Transitregion vor einer besonderen Herausforderung, die Lösungen erfordere. Im öffentlichen Raum strebe man an, bis 2020 unabhängig von fossilen Energien zu sein. Im Bereich des sogenannten Humankapitals gelte es, die Entwicklungsunterschiede innerhalb Schonens abzubauen, um die soziale Integration voranzutreiben. Die Sicherung der Lebensqualität in der Region stelle die vordringlichste Aufgabe der Strategie Schonen 2020 dar.

Frau **Silke Vogt-Deppe (Hamburg, Mitglied der Bürgerschaft)** erläuterte die Auswirkungen der Einführung der sogenannten Schuldenbremse auf die Haushaltsplanungen der Hansestadt. Sie wies auf die Stellung Hamburgs als Zentrum europäischer Verkehrsströme und die Abhängigkeit der Hansestadt von abgestimmten Verkehrsverbindungen hin. Zur Optimierung der Verkehre seien der Ausbau von Bahn und Binnenschifffahrt sowie der Verbindung Hamburg-Fehmarnbelt sicherzustellen. Vogt-Deppe verwies auf die wachsende Zahl der Grenzpendler. Junge Menschen sollten für Mobilität begeistern werden, hierfür bilde das COMENIUS Projekt wichtige Anreize. Sie unterstrich die Bedeutung übergreifender Netzwerke und institutionalisierter politischer Kontakte als Garanten für Stabilität und Sicherheit im Ostseeraum.

Frau **Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern, Präsidentin des Landtages)** erläuterte das Ziel „Zukunft aus eigener Kraft“ für Mecklenburg-Vorpommern 2020. Sie benannte die anstehenden Herausforderungen, zu denen die Schaffung qualifizierter, gerecht entlohnter Arbeitsplätze gehöre, was im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt von besonderer Bedeutung sei. Enorme Herausforderungen stünden für den Bereich Finanzen bevor, da es trotz sinkender EU-Fördermittel und des auslaufenden Solidarpaktes gelte, neue Wachstumsimpulse zu setzen. Seit 2006 habe Mecklenburg-Vorpommern keine neuen Schulden aufgenommen und die Schuldenbremse im Jahr 2011 in die Verfassung aufgenommen. Auch, um noch besser auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu reagieren, sei eine Enquetekommission gebildet worden.

Mit der Landkreisneuordnung und Verwaltungsreform habe man Maßnahmen ergriffen, um den Herausforderungen zu begegnen. Es gelte, die gegebenen Potentiale zu nutzen, so spiele Mecklenburg-Vorpommern beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, deren Anteil 2006 bereits 46 Prozent am Gesamtstromverbrauch betragen habe, eine bundesweite Vorreiterrolle für eine „Zukunft aus eigener Kraft mit eigener Kraft“.

Herr **Torsten Geerds (Schleswig-Holstein, Präsident des Landtages)** berichtete über die Einführung der Schuldenbremse in die Landesverfassung Schleswig-Holsteins. Er erläuterte Chancen einer möglichen künftigen Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer, die jüngst durch eine Enquetekommission geprüft worden sei. Geerds berichtete außerdem über die Fortschreibung des Projektes Ostseegeschichte, das den Rahmen für ein Jugendprojekt des Parlamentsforums Südliche Ostsee bieten könne. Geerds hob die Bedeutung erstklassiger Bildungschancen hervor und forderte eine Angleichung der Bildungssysteme innerhalb Deutschlands und europaweit. Er unterstrich die Bedeutung grenzübergreifender Zusammenarbeit, so im Bereich Clusterzusammenarbeit und Infrastruktur. Die Ostseeregion habe die Möglichkeit, zu einem Drehkreuz des Nordens zu werden, diese Chance gelte es zu ergreifen.

Herr **Kazimierz Drzazga (Westpommern, Vizevorsitzender des Sejmik)** berichtete über den Zentralen Europäischen Verkehrskorridor als dynamische Entwicklungsachse Nord-Süd für Westpommern. Ziel sei es, Stettin bis 2020 zum Logistik-Hotspot auszubauen, die Oderwasserstraße zwischen dem Großraum Berlin und der Küste zu aktivieren sowie die Hinterlandanbindung auszubauen. Eine gute Infrastruktur und deren Sekundäreffekte seien ein entscheidender Standortfaktor. Er unterstrich den Wert der Lebensqualität in einer Region für die Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte, die damit verbundene Wettbewerbsfähigkeit der Region. Wissenstransfer und Clusterbildung benannte Drzazga als bedeutende Standortfaktoren, die für Unternehmensansiedlungen entscheidend sei. Es gelte, eine nachhaltige Raumnutzung unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Faktoren zu realisieren.

Herr **Marek Biernacki (Pommern, Vizevorsitzender des Sejmik)** berichtete über den bislang bestehenden Entwicklungsplan Pommern aus dem Jahre 2005, der die eigene Wettbewerbsfähigkeit untersuche und eine Basis für die Strategie Pommerns 2020 darstelle. Eine Vielzahl von Projekten seien bereits realisiert worden. Lösungen gelte es vor allem zum Abbau der großen wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb Pommerns zu definieren. Er nannte Unterschiede im Bildungsbereich und die mangelnde Hinterlandanbindung als größte Entwicklungsbarrieren. Als Ziele Pommerns für 2020 seien der potentielle Ausbau von Windenergie und Schiefergas zu nennen, die Steigerung der Qualität der Ausbildung junger Menschen sowie die Integration der Generation 50+ in den Arbeitsmarkt.

Herr **Julian Osiecki (Ermland-Masuren, Vorsitzender des Sejmik)** betonte das gemeinsame Ziel der Stärkung der Region Südliche Ostsee. Eine Strategie 2020 sei auch die Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Er führte aus, dass eine Bewertung der Europäischen Strukturfonds erfolgen solle und untersucht werden solle, wie diese noch effizienter für die Region genutzt werden könnten. Das Forum könne hier als wichtige Plattform dienen, um mögliche Interessenskonflikte vorab zu erkennen. Er verwies auf die Chance, Jugendliche im Rahmen des Forums anzuhören und unterstrich die Bedeutung der in den Vorjahren durchgeführten Expertenanhörungen.

## II. EU-Ostseestrategie

Herr **Wolf Born (Koordinator für den Aktionsbereich Tourismus der Ostseestrategie, Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern)** stellte Schwerpunkte der makroregionalen EU-Ostseestrategie vor. Er unterstrich den Ansatz der Strategie, unter Einbeziehung vorhandener Ressourcen und Projekte Synergieeffekte zu realisieren und eine Dynamisierung der Prozesse zu erreichen. Im Schwerpunktbereich Tourismus gelte es, die Harmonisierung der Standards und die gemeinsame Vermarktung der Ostseeregion unter Einbeziehung aller Anrainerstaaten voranzutreiben. Er verwies auf die Herausforderung, Akteure und Projektverantwortliche zu motivieren sowie auf die Bedeutung einer politischen Diskussion, wie sie im Rahmen der Konferenz „Building a Baltic Sea Tourism Region“ am 3. und 4. Mai 2012 in Rostock-Warnemünde erfolgen werde. Eine Überarbeitung der EU-Ostseestrategie und des Aktionsplanes werde noch 2012 durch die EU-Kommission angestrebt.

## III. Reform der Strukturfonds

Herr **Marcin Szmyt (Direktor der Abteilung Verwaltung des Operationellen Regionalprogramms, Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern)** berichtete über die Herausforderungen und Chancen der Regionalentwicklung in Westpommern. Entscheidend für eine erfolgreiche Entwicklung sei das Innovationsniveau, das in Polen mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei derzeit nur 0,74 Prozent liege. Die Kohäsionspolitik habe bereits in den vergangenen Jahren maßgeblich zu einer Steigerung der Innovationsrate geführt. Dies sei auch künftig entscheidend, um ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum zu sichern und Disparitäten innerhalb der Regionen abzubauen. Polen habe in den vergangenen Jahren in hohem Maße von den europäischen Kohäsionsfonds profitiert, rund 20 Prozent der Gelder entfalle zwischen 2007 und 2013 auf Polen. Er unterstrich die Bedeutung der Kohäsionsgelder als Katalysator einer wirtschaftlichen Entwicklung und wandte sich dagegen, diese als soziale Stütze zu sehen. Szmyt plädierte für unabhängig vom Pro-Kopf Einkommen der Regionen ausgeschüttete Kohäsionsgelder und forderte eine bessere Koordination der Projekte sowie die Vernetzung regionaler und nationaler Projekte.

Herr **Wolfgang Streitenberger (Berater des Generaldirektors, GD Regionpolitik, Europäische Kommission)** führte in die neue Architektur der Kohäsionspolitik nach 2013 ein. Diese stelle mit einem Anteil von 36 Prozent am EU-Budget deren Schlüsselinstrument dar. Er unterstrich die Wirkung der Kohäsionspolitik als Investitionspolitik. Neu sei der Ansatz, zielgerichtet Investitionen zu fördern und die Geldvergabe noch stärker an die Zielerreichung zu koppeln. Die Kombination aus Konditionalisierung und innovativen Finanzierungsinstrumenten mit Hebelwirkung solle die Wirkung der eingesetzten Gelder erhöhen. Im Kernbereich stünden weiterhin kleine und mittlere Unternehmen (KMU), dies werde durch die Schwerpunktsetzung auf Projekte im Bereich erneuerbarer Energien noch verstärkt. Eine flächendeckende Kohäsionspolitik werde mit der Verteilung des Budgets in Höhe von 376 Mrd. Euro auf drei Regionen weiterhin erfolgen. Eine Vereinfachung oder Reduzierung des Verwaltungsaufwandes - so beispielsweise durch ein elektronisches Übermittlungssystem - solle den Zugang zu den Geldern erleichtern. Er unterstrich die Bedeutung der Kohäsion und die Sekundäreffekte für die europäische Wirtschaft.

#### IV. Integratives Wachstum

Frau **Katariina Röbbelen-Voigt (Behörde für Wissenschaft und Forschung, Freie und Hansestadt Hamburg)** berichtete über das Baltic Sea Labour Forum, das aus einem Vorzeigeprojekt der EU-Ostseestrategie hervorgegangen sei und mit 22 Partnern in acht Ländern zur Etablierung eines dauerhaften Netzwerkes aufgrund der hohen Mobilitätsrate in der Ostseeregion angetreten sei. Mitglieder seien Gewerkschaftsverbände, Arbeitgeberverbände, die Ostseeparlamentarierkonferenz und Regierungen. Das Sekretariat werde im Jahre 2012 beim Ostseerat CBSS (Council of Baltic Sea States) etabliert. Eine Herausforderung für die Arbeit stelle die fehlende Datenbasis bzw. die Vergleichbarkeit der Daten dar. Das Ziel des Forums, die Förderung des sozialen Dialogs, werde vor allem im Rahmen einer jährlichen Tagung verfolgt, weitere Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen seien vorgesehen. Konkrete Themen seien dabei die Kooperation der Grenzregionen, Arbeitsmarktüberwachung, die Arbeitsmobilität, Arbeitsbedingungen sowie die Jugendarbeitslosigkeit.

Frau **Petra Heese (Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg)** referierte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und deren Bedeutung als wirtschaftlicher und sozialer Standortfaktor. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten seien Frauen, im Vergleich verdienten Frauen 23 Prozent weniger als Männer und Frauen in Führungspositionen seien noch immer unterrepräsentiert. Heese forderte die Verbesserung und ausgeglichene Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen. Die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen sei entscheidend für eine rasche Rückkehr ins Berufsleben nach dem Mutterschutz. Zur Umsetzung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie regte Heese unterschiedliche Maßnahmen - Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit, Teleheimarbeit, Weiterbildung während der Arbeitszeit sowie Sozialzulagen - an. Grundvoraussetzung sei aber ein gutes familienfreundliches Betriebsklima und eine sensibilisierte Unternehmensführung.

Frau **Anita Richert-Kazmierska (Universität für Technologie, Danzig)** und Herr **Henry Osenger, Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein** referierten über die sogenannten Best Agers und geeignete Maßnahmen zur Einbindung der über 55jährigen in den Arbeitsmarkt und Bildungsbereich. Dies könne über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, den Einsatz als Senior-Experte aber auch den Einsatz der Best Agers als Mentor für Studenten und junge Berufstätige ermöglicht werden. Die Referenten unterstrichen das Know-how der Best Agers, das es zu aktivieren gelte. Die Herausforderung bestehe darin, diese durch Weiterbildungen an neue Unternehmensstrukturen heranzuführen. Ein weiterer Ansatz ziele darauf ab, die geringe Bereitschaft der Best Agers, Wissen weiterzugeben aufzubauen. Über Internetprojekte versuche man, die Generationen in Kontakt zu bringen.

Frau **Katarzyna Rewers-Dawid (Leiterin des Innovationsprojektes „Ich arbeite und entwickle meine Kompetenzen. Innovatives Unterstützungsmodell für die Arbeitnehmer 50+“, Pommern)** berichtete über Maßnahmen zur Aktivierung älterer Menschen im Berufsleben. Rund 75 Prozent der älteren Personen seien nicht in einer beruflichen Anstellung, hierfür sei die Kultur eines frühen Ausstieges aus dem Erwerbsleben in Polen als auch Vorurteile gegenüber älteren Arbeitnehmern verantwortlich. Sie unterstrich, dass ältere Menschen eine geringe berufliche Mobilität und Bereitschaft, Qualifizierungsmaßnahmen anzunehmen sowie eine geringe Motivation aufwiesen. Hier gelte es anzusetzen. Auch auf Arbeitgeberseite seien Defizite abzubauen. Erste Projekte zur Weiterbildung älterer Arbeitnehmer hätten positive Effekte gezeigt, die abschließenden Ergebnisse der Studie würden derzeit ausgewertet.

Frau **Britta Kock (Pressesprecherin „Wacken-Open-Air“)** und Herr **Gerhard Tolksdorf (Ordnungsamtleiter)** berichteten anhand einer Präsentation über das weltgrößte Heavy-Metal Festival und dessen Bedeutung als Konjunkturprogramm für den Ort Wacken und Umgebung.

Unter dem Stichwort „Clean Port, Clean Ship“ unterrichteten sich die Konferenzteilnehmer vor Ort im Seehafen Kiel unter Beisein von Unternehmensvertretern zum Thema.

#### **V. Nachhaltiges Wachstum - Green Growth**

Herr **Hermann Albers** (Präsident des Bundesverbandes WindEnergie e.V.) informierte über die Bedeutung der Windenergie als internationaler Wachstumsmotor. Er führte aus, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien im Jahre 2010 auf 20 Prozent des Strommixes in Deutschland gestiegen sei. Die wichtigste Säule stelle die Windenergie als günstigste Form der Erneuerbaren Energien dar. Windenergie sei auch im Binnenland effektiv nutzbar. Er verwies auf die Bedeutung der Windenergiebranche als Jobmotor, direkt oder indirekt seien 100.000 Arbeitsplätze entstanden. Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise sei es der Branche gelungen, die Kosten für die Erzeugung von Windenergie seit dem Jahre 1990 um 60 Prozent zu senken. Die Entwicklung geeigneter Speicherkapazitäten stelle weiterhin eine Herausforderung dar, um Windenergie ohne große Verluste dort verfügbar zu machen, wo sie benötigt werde. Hinsichtlich des Spannungsverhältnisses zwischen einerseits der Einschätzung der touristischen Attraktivität von Regionen und den andererseits befürchteten Auswirkungen beim Ausbau von Windkraftanlagen berichtete er von der großen Akzeptanz der Windparks auf der Insel Fehmarn: Zeitgleich mit dem Aufbau der Windkraft könne man dort steigende Besucherzahlen von Touristen verzeichnen.

Herr **Stanislaw Dendewicz (Direktor des Regionalbüros für Raumordnung der Woiwodschaft Westpommern)** schilderte die Bedeutung einer Integrierten Maritimen Raumordnungsplanung als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion. Verschiedene Interessen und Notwendigkeiten, wie beispielsweise Herausforderungen im Bereich des Umweltschutzes, die steigende Konkurrenz verschiedener Nutzungsarten, Überfischung und Klimawandelrisiken seien zu beachten. Dendewicz hob Unterschiede in den Zuständigkeiten für Raumordnung und in der rechtlichen Verbindlichkeit der Vorschriften in Deutschland, Polen und weiteren Ostseeanrainerstaaten hervor. Diese Unterschiede erschwerten eine Abstimmung und Umsetzung im Bereich der maritimen Raumordnung. Als wichtigste Initiativen im Bereich einer Integrierten Maritimen Politik benannte er unter anderen HECLOM-VASAB und deren Initiative BaltSeaPlan.

Herr **Andreas Rossmann (Freier Architekt BDA, Freie Planungsgesellschaft mbH, (Schwerin/Hamburg))** berichtete über die Sanierung der Lindenschule in Lübtheen. In einer Bauzeit von 1,5 Jahren und mit Baukosten von 5 Mio. Euro sei die Schule in die bundesweit erste sogenannte „Energieplus Schule“ umgewandelt worden: Dort werde nun mehr Energie produziert als verbraucht. Möglich sei dies durch Umsetzung und Koppelung verschiedener Maßnahmen wie einer gut gedämmten Hülle, eines kontrollierten Be- und Entlüftungssystems mit Wärmerückgewinnung, eines Sonnenschutzes, einer Grundwärmeversorgung durch Erdwärme sowie durch Photovoltaikvorrichtungen. Die Kosten überstiegen um rund 18-20 Prozent die Kosten einer konventionellen Sanierung.

Des Weiteren stellte Rossmann ein Projekt zur Stromproduktion durch auf Schienen durch Kite-Segel gezogene Schlitten dar, das er bereits dem Innenminister und dem Energieminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern präsentiert habe.

Herr **Tadeusz Zurek (Leiter des Referates in der Abteilung für wirtschaftliche Entwicklung des Marschallamtes, Pommern)** erläuterte Energieeffizienzmaßnahmen im Wohnungsbau und in öffentlichen Gebäuden. Grundlage hierfür sei die regionale Energiestrategie der Woiwodschaft Pommern, die seit August 2010 in Kraft sei und vor allem Erneuerbare Energien berücksichtige. Der Anteil der Erneuerbaren Energien für Heizzwecke habe sich von 2005 bis 2010 von sieben Prozent auf 9,5 Prozent erhöht. Zurek unterstrich Projekte zur Information der Bürger, wie dies im Rahmen der Pommerschen Energietage 2011 erfolgt sei. Zur Erhöhung der Energieeffizienz strebe man einerseits Wärmeeffizienzmaßnahmen an, andererseits sei eine umfassende Modernisierung der Beleuchtungsanlagen geplant. Bei ausgewählten Projekten habe man eine Senkung des Energiebedarfes um rund 55 Prozent erreicht.

Herr **Prof. Dr. Mathias Feige (Projektleiter der Erarbeitung und Fortschreibung der Landestourismuskonzeption Mecklenburg-Vorpommern, Geschäftsführer dwif-Consulting GmbH)** berichtete über die Anforderungen an Ausbildung, Beschäftigung und Vermarktung für ein qualitativ hochwertiges Angebot im Bereich des nachhaltigen Tourismus. Feige unterstrich die Tatsache, dass gerade die Deutschen an nachhaltigem Urlaub interessiert und auch bereit seien, dafür Mehrausgaben zu tätigen. Dies sei von Bedeutung, da sich beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern in einigen stark frequentierten Regionen bereits Überlastungserscheinungen abzeichneten. Im Bereich der Ausbildung schlage sich der Trend des nachhaltigen Tourismus bislang nicht nieder, vielmehr hänge das Thema Nachhaltigkeit allein vom jeweiligen Ausbildungsbetrieb ab. Im Bereich der Hochschulen sei Nachhaltigkeit bislang nur in geringem Maße vertreten. Grundsätzlich seien zu wenig qualifizierte Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt verfügbar. Das Baltikum verzeichne jedoch Zuwachs in fast allen Bereichen des Tourismus - es gelte also, das Arbeitsfeld attraktiver zu machen und darzustellen. Geeignete Möglichkeiten seien der aktive Abbau negativer Klischees, die Ansprache potentieller jugendlicher Bewerber über das Internet sowie die Erhöhung der Familienfreundlichkeit innerhalb der Branche.

Frau **Dr. Emilia Marks (Ermland-Masuren)** berichtete über das Potential des nachhaltigen Tourismus als Wachstumssektor in Ermland und Masuren. Ländlicher Tourismus werde verstärkt nachgefragt, es gelte jedoch, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Umwelt zu beachten. Dr. Marks stellte die Masurische Seenplatte als ein Zentrum für nachhaltigen Tourismus dar, deren reiche Flora und Fauna unterschiedlichste Urlaubsformen ermögliche, die im Einklang mit der Natur stünden. Vermarktung und Förderung eines nachhaltigen Tourismus seien jedoch noch ausbaufähig.

**B. 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee, 3. bis 5. Juli 2011**

Vom 3. bis 5. Juli 2011 fand das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee zum Thema „Bewertung der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum“ in Danzig, Polen statt. Über 60 Teilnehmer der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma und des schwedischen Regionalrates Schonen haben sich an der Konferenz beteiligt. Als inhaltliche Schwerpunkte wurden die Entwicklung des Tourismus und der Bildung, die zukünftige Finanzierung der EU-Ostseestrategie, die Stärkung des mehrstufigen Regierungssystems sowie die Zukunft der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, der Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaft der EU mit der Russischen Föderation erörtert.

Mit dem gewählten Thema der Bewertung der EU-Strategie für den Ostseeraum knüpfte das 9. Parlamentsforum sowohl an das Thema „Die Umsetzung europäischer Strategien in der Südlichen Ostsee“ des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee als auch an die aktuellen Geschehnisse und Programme innerhalb der EU und des Ostseerates an. Im Jahr 2009 wurde die Europäische Kommission vom Europäischen Rat aufgefordert, 2011 die erste Überprüfung der EU-Strategie für den Ostseeraum durchzuführen. Dies wird nun unter der polnischen EU-Präsidentschaft geschehen. Grundlage hierfür ist unter anderem der Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum der Europäischen Kommission vom 22. Juni 2011. Vom 24.-26. Oktober 2011 hat zwischenzeitlich in Danzig zudem das Zweite Stakeholderforum für die EU-Strategie für den Ostseeraum stattgefunden, das mit dem Baltic Development Forum verbunden worden ist.

Das Programm der polnischen Ratspräsidentschaft sieht vor, eine Debatte über Fragen der Bildungsmobilität im Rahmen der EU-Bildungsprogramme in umfassender Weise einzuleiten. Zudem legt die polnische Ratspräsidentschaft großen Wert auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche in der EU, unter anderem durch die Veranstaltung des Europäischen Tourismus-Forums in Krakau im Oktober 2011.

Am 1. Juli 2011 hat Deutschland die Präsidentschaft im Ostseerat übernommen. Das Programm der deutschen Präsidentschaft sieht vor, das Potential des Ostseerats in der Umsetzung der EU-Ostseestrategie noch stärker zu nutzen. Deutschland will hier eng mit der EU und mit Polen und Dänemark als den EU-Präsidentschaften in dieser Periode zusammenarbeiten. Im Rahmen eines „Ostseetages“ in Berlin im Frühjahr 2012 sind zwischenzeitlich die Akteure der Ostseekooperation zusammengebracht worden.

Für den Schwerpunktbereich Tourismus der EU-Ostseestrategie, der von Mecklenburg-Vorpommern koordiniert wird, ist aus Anlass der deutschen Ostseeratspräsidentschaft eine zentrale Veranstaltung geplant sowie eine weitere Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Baltic Sea Tourism Forum. Themen sind die gemeinsame Vermarktung der Region, die Entwicklung einer nachhaltigen Tourismusstrategie sowie die Stärkung des touristischen Angebots in der Ostseeregion unter Einbeziehung Russlands.

Sowohl in dem Langzeitschwerpunkt Wirtschaft des Ostseerats als auch in dem Aktionsplan für die EU-Ostseestrategie nimmt das Thema Bildung eine wichtige Rolle ein. Zur weiteren Ausgestaltung dieses Kooperationsfeldes plant die deutsche Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2012 eine Konferenz „Bildung und Jugend“ in Hamburg, die im Rahmen des von der Freien und Hansestadt Hamburg koordinierten Schwerpunktbereiches 12 „Bildung“ des Aktionsplans zur EU-Ostseestrategie und unter dem Dach der deutschen Ostseeratspräsidentschaft durchgeführt werden soll.

Im Rahmen des Europäischen Tages der Meere im Mai 2011 in Danzig hat zudem eine gemeinsame Veranstaltung der maritimen Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates und der BSSSC zusammen mit dem Parlamentsforum Südliche Ostsee stattgefunden.

Die in der Resolution des 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Empfehlungen wurden anhand von Anhörungen und Vorträgen im Rahmen von zwei Arbeitssitzungen und in der Konferenz ausgearbeitet, bei denen Sachverständige und Experten aus allen Regionen und der Europäischen Union zu den Themenkomplexen angehört wurden.

Das Parlamentsforum betont, dass insgesamt die Inhalte der EU-Ostseestrategie intensiver auf die Inhalte und Ziele der Strategie EUROPA 2020 abgestimmt werden sollten. Zudem sieht man es als erforderlich an, die zukünftige Kohäsionspolitik und andere Finanzierungsquellen wesentlich stärker als bisher an die Ziele der EU-Strategie für den Ostseeraum auszurichten.

Die erste Arbeitssitzung des 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee fand vom 30. bis 31. Januar 2011 in Schwerin unter Federführung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu dem Thema „Internationale, lokale und regionale Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Ostseestrategie, insbesondere in den Bereichen Tourismus und Bildung“ statt.

Für den Schwerpunktbereich Tourismus wurde es als notwendig angesehen, die Zusammenarbeit bei der touristischen Vermarktung des Südlichen Ostseeraumes zu intensivieren und den regionalen Bezug der Tourismusangebote hervorzuheben. Auch die stärkere Einbindung von Akteuren in EU-Förderprogramme und eine intensivere Zusammenarbeit aller Akteure mit der Europäischen Kommission solle verstärkt werden, um die Nachhaltigkeit der Zusammenarbeit über Einzelprojekte hinaus sicherzustellen. Begrüßt wurde die Durchführung des Ostsee-Tourismus-Forums, wodurch die Beschlüsse des 3. Parlamentsforums Südliche Ostsee aus dem Jahre 2005 umgesetzt werden. Diskutiert wurden zudem die Ausrichtung der Aktivitäten auf die Förderung des nachhaltigen Tourismuspotenzials des Ostseeraumes, die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für die Zugänglichkeit, die Förderung des gemeinsamen kulturellen und naturräumlichen Erbes sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Identität und einer eigenen Marke des Ostseeraumes.

Im Schwerpunktbereich Bildung wurden der Ausbau von Austauschprogrammen und Partnerschaften in der Schul-, Hochschul- und Berufsausbildung sowie eine stärkere Vernetzung von Bildungsprojekten gefordert, um die Mobilität zu erhöhen. Die Förderung internationaler Jugendprojekte, die Stärkung der Demokratiebildung sowie die Förderung der Spracherziehung als Voraussetzung für grenzüberschreitende Bildungs- und Jugendarbeit wurden als wichtige Faktoren für die Herausbildung einer gemeinsamen Identität der Ostseeregion angesehen. Daneben wurde eine stärkere Kooperation zwischen Institutionen der beruflichen Bildung und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen eingefordert, um dem Fachkräftemangel in der Region zu begegnen. Dafür müsse auch eine schnelle und unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen erreicht werden. Die Themen Bildung und Jugend wurden als Schlüssel für die gesamte Entwicklung der Region, für ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Wohlstand angesehen.

Die zweite Arbeitsgruppensitzung zur Vorbereitung des 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee fand vom 3. bis 4. April 2011 in Brüssel unter der Federführung des Sejmiks der Woiwodschaft Pommern statt. Teilnehmer waren Delegationen aus Pommern, Westpommern, Ermland-Masuren, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Thema war auch hier die Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Neben den bisherigen Ergebnissen der Umsetzung und den weiteren Ausblicken für die Zukunft standen auch die Verknüpfung der Strategie mit der Kohäsionspolitik und die Donaustrategie im Vordergrund der Expertengespräche. Die Teilnehmer betonten, dass die zukünftige Kohäsionspolitik in ihren operationellen Programmen verstärkt Finanzmittel für die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vorsehen müsse. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bildete die allgemeine und berufliche Bildung im Rahmen der Strategie EUROPA 2020 und der EU-Ostseestrategie. Das Parlamentsforum betonte, dass dem lebenslangen Lernen ein hoher Stellenwert eingeräumt werden müsse.

Im Rahmen des IX. Parlamentsforums vom 3. bis 5. Juli 2011 in Danzig wurden die horizontalen Maßnahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum erläutert. Hierbei wurden die verschiedenen Sichtweisen einzelner Regionen im Hinblick auf die Anpassung verfügbarer finanzieller Mittel auf die Prioritäten und Maßnahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum erörtert. In diesem Zusammenhang wurde auch das Thema der EU-Kohäsionspolitik vertieft. Zudem wurde die überregionale Strategie Westpolen 2020 und das Operationsprogramm der Entwicklung Westpolens 2014-2020 vorgestellt. Verbesserungspotenzial wurde von den Teilnehmern insbesondere hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten gesehen. Bestehende europäische Förderprogramme seien unzureichend auf die EU-Ostseestrategie ausgerichtet, der Strategie fehle bisher eine klare Beziehung zwischen Zielen und Mitteln. Zudem referierten Sachverständige zu der Funktionsweise des mehrstufigen Regierungssystems in Deutschland, Polen und Schweden. Dabei kam das Forum überein, dass die parlamentarische Dimension der Zusammenarbeit durch eine laufende Beteiligung der nationalen und regionalen Parlamente an dem Umsetzungs- und Evaluierungsprozess der EU-Ostseestrategie zu stärken sei. Zudem müssten die nationalen, regionalen und lokalen Ebenen im Rahmen der Umsetzung aktiv und dauerhaft eingebunden werden. Thematisiert wurde auch die Zukunft der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, der Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaft zur Russischen Föderation. Begrüßt wurde von den Teilnehmern die Offenheit Kaliningrads, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen.

Das X. Parlamentsforum Südliche Ostsee wird im Jahr 2012 vom Landtag Schleswig-Holstein ausgerichtet.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

**Konferenzablauf des IX. Parlamentsforums Südliche Ostsee, 3.-5. Juli 2011 in Danzig**

**Marek Biernacki** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern) begrüßte die Teilnehmer und zeigt die Konferenzen und ihre Themenschwerpunkte der vergangenen Jahre auf. Er erklärte, dass Danzig in diesem Jahr mit dem Tag der Meere bereits ein großes Ereignis von überregionaler Bedeutung ausgerichtet habe. Zudem würden im Zusammenhang mit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft viele Veranstaltungen auch auf regionaler Ebene stattfinden. Da im Hinblick auf das Thema des IX. Parlamentsforums, der Bewertung der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum, bereits zwei Arbeitsgruppensitzungen mit den Schwerpunkten Tourismus und Bildung durchgeführt worden seien, liege der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz auf der Finanzierung der Ostseestrategie, die mehrschichtigen Verwaltungen und die Zusammenarbeit mit Russland. Er betonte die Wichtigkeit der Strategie für Polen, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Tourismus, der Bildung und der Stärkung der Zivilgesellschaft.

**Renate Holznagel** (1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) erklärte, dass im Rückblick auf den Europäischen Tag der Meere, das Parlamentsforum hier in Danzig zur richtigen Zeit am richtigen Ort sei. Sie erklärte, dass die Ostseeregion ungeheures Potential habe, das es auszuschöpfen gelte. Der Resolution des 8. Parlamentsforums sei vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern in einer EntschlieÙung zugestimmt worden, mit der gleichzeitig auch die Landesregierung zum Handeln aufgefordert worden sei. Sie berichtete kurz von der gemeinsamen Veranstaltung der maritimen Arbeitsgruppen der BSPC, BSSSC und des Ostseerates mit dem Parlamentsforum anlässlich des Tages der Meere im Mai in Danzig. Unter Bezugnahme auf die beiden Arbeitsgruppensitzungen in Schwerin und Brüssel erklärte sie, dass es aus Sicht Mecklenburg-Vorpommerns bedeutsam erscheine, eine bessere Anpassung der bestehenden Förderungsmöglichkeiten an die Ziele der EU-Ostseestrategie anzustreben. Dabei sei es wichtig, gemeinsame Werte zu finden, um zu guten zu gelangen.

**Kazimierz Drzazga** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern) erklärte, dass das Parlamentsforum Südliche Ostsee nicht passiv auf die Entwicklungen schaue, sondern sich aktiv für die Verbesserung der Lebensqualität in der Region einsetze. Ziel sei es, die Prioritäten und Entwicklungen in der Region positiv mit zu beeinflussen. Dabei sei der Umgang zwischen den Partnern unter Beachtung der jeweiligen Unterschiede sehr positiv.

**Bernd Voß** (Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages Schleswig-Holstein) sprach die Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien an, die sich mit der maritimen Politik im Ostseeraum auseinandersetzen (BSPC, BSSSC, Ostseerat) und forderte eine vertiefte Zusammenarbeit. Der Grundstein sei mit der gemeinsamen Veranstaltung in Danzig im Mai 2011 bereits gelegt worden. In den vergangenen Jahren sei als ein Schwerpunkt im Forum die Verkehrs- und Logistikentwicklung im Ostseeraum diskutiert worden. Diese stehe in den kommenden Jahren vor großem Anpassungsdruck, nicht zuletzt aufgrund neuer Vorschriften im Umweltbereich. Daher würden neue Energie-, Versorgungs- und Entsorgungskonzepte, benötigt. Hierfür sei der Schwerpunktbereich „saubere Schifffahrt“ der EU-Ostseestrategie und das von Schleswig-Holstein initiierte und von der EU-genehmigte Projekt „Clean Ship“ wegweisend. Er sprach weiterhin den Ausbau der Verkehrsnetze, insbesondere der Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V) an, informierte über den Bau der Fehmarn-Belt-Querung und die Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals.

**Julian Osiecki** (Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Ermland-Masuren) stellte die Delegation aus Ermland-Masuren vor und bedankte sich für die Einladung zum IX. Parlamentsforum. Er erklärte, dass Ziel sei, eine gute Resolution mit gemeinsamen Stellungnahmen auszuarbeiten.

**Siergiej Szepietilnikow** (Vorsitzender des Komitees für Internationale und Interregionale Zusammenarbeit der Kaliningrader Gebietsduma) hoffte, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland durch die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen vertieft werde. In Anlehnung an das 8. Parlamentsforum berichtete er, dass in Kaliningrad Straßen ausgebaut würden, gerade die Umgehungsstraße zum Flughafen sei im Bau. Es seien neue Flugverbindungen auch in die EU entstanden und die Passagierzahlen würden steigen. Zudem sei in den Hafbereich investiert und ein Cargo-Terminal eröffnet worden. 2009 habe das erste Passagierschiff mit Gästen aus der Europäischen Union angelegt. Auch sei die Russische Föderation im Umweltschutz aktiv, u.a. im Rahmen der Realisierung von internationalen Projekten zusammen mit Polen und Litauen und im Hinblick auf die Verschmutzung durch Landwirtschaft und Industrie.

**Pontus Lindberg** (Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung der Region Skåne) erklärte, dass die Zusammenarbeit mit den Nachbarn höchste Priorität in der Region Skåne genieße und das Parlamentsforum eine sehr gute Gelegenheit biete, sich auszutauschen. Die Region Skåne habe die EU-Ostseestrategie von Beginn an unterstützt und nehme eine aktive Rolle in ihrer Umsetzung ein. Dabei sei die Region im Rahmen mehrerer Flaggschiffprojekte aktiv und arbeite eng mit der schwedischen Regierung, aber auch mit anderen Institutionen zusammen. Auch sei Skåne in dem Bereich Infrastruktur sehr engagiert, da im Süden Schwedens ein sehr starkes Transitaufkommen herrsche.

**Barbara Duden** (Stellvertretende Präsidentin der Freien und Hansestadt Hamburg) berichtete, dass vier neue Delegierte aus der Bürgerschaft der Delegation angehörten. Bildung sei eine der Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraumes. Auch die Strategie EUROPA 2020 enthalte als einen Schwerpunkt das Thema Bildung, indem u.a. die Schulabbrecherquote gesenkt und die Zahl der Hochschulabgänger gesteigert werden solle. Im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit sei ein wichtiges Thema die Anerkennung von Abschlüssen. Auch im Bereich der Jugendarbeit und Jugendorganisationen sei wichtig, die gemeinsame kulturelle Identität unter Wahrung der jeweiligen Besonderheiten zu stärken.

## **Eröffnungsansprachen**

**Anders Lindholm** (Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik [GD Regio], Abteilung Territoriale Zusammenarbeit) erklärte, die Strategie könne nach nun 18 Monaten bewertet werden und die polnische EU-Ratspräsidentschaft werde damit das Fundament für die weitere Zukunft legen. Der Bericht der Kommission zur Umsetzung der Strategie vom 22. Juni 2011 zeige die bisherigen Erfolge der Strategie. So werde in dem Bericht auf neue Projekte verwiesen. Auch gehe der Bericht der Kommission auf laufende Projekte und deren Verknüpfung untereinander ein. Neue und sich entwickelnde Strukturen seien weitere Schwerpunkte des Berichtes. Dabei gehe es in erster Linie nicht darum, durch die Strategie neue Strukturen zu schaffen, sondern den Dialog zwischen den bereits bestehenden Institutionen und Strukturen in den verschiedenen Bereichen zu verbessern.

Hier bestehe ein großer Unterschied zur Donaustrategie, wo kaum bestehende Netzwerke vorhanden seien. Auch sei die Entwicklung und Kohärenz politischer Strategien ein Schlüssel für den zukünftigen Erfolg der Ostseestrategie. Eine stärkere politische Einbindung erfolge zum Beispiel bereits durch das Parlamentsforum. Regionale Anregungen und regionaler Einfluss würden in Brüssel benötigt. Die Abstimmung der Finanzierung sei ein wichtiger Faktor, der schwierige Diskussionen nach sich ziehe. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, insbesondere mit Russland werde auch im Rahmen der Strategie gepflegt.

Dabei spiele die Nördliche Dimension eine große Rolle, aber auch auf bilateraler Ebene werde die Zusammenarbeit verstärkt. Die Erfahrungen hätten nach dem Bericht zufolge gezeigt, dass die politische Dynamik, die Kommunikation sowie bereichsübergreifende Verbindungen weiter erhalten und verstärkt werden sollten. Zudem habe sich als sinnvoll herausgestellt, Ziele festzulegen, anhand derer konkrete Bewertungen möglich seien sowie die weitere Abstimmung der Finanzierung zu verbessern. Die Kommission habe in dem Bericht folgende Empfehlungen ausgesprochen: eine verbesserte Abstimmung mit der Strategie EUROPA 2020, regelmäßige Diskussionen über die Strategie im Rahmen der Ratstagungen, Identifizierung von Zielen, verbesserte Abstimmung mit der zukünftigen Kohäsionspolitik und anderer Finanzierungsquellen sowie eine verbesserte Kommunikation.

**Charlina Vitcheva** (Europäische Kommission, DG Regio) erklärte, dass die EU-Ostseestrategie und die Strategie EUROPA 2020 eng verbunden seien. Die Region rund um die Ostsee habe großes Potential, allerdings seien die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen zwischen den Regionen sehr unterschiedlich. Dies müsse bei der Umsetzung der Strategie berücksichtigt werden. Eines der entscheidenden Elemente der EU-Ostseestrategie sei es, nachhaltiges Wachstum in der Region zu sichern, indem alle individuellen Potentiale ausgeschöpft werden. Die Kohäsionspolitik habe eine wichtige Funktion, um die Differenzen zwischen den Regionen anzugleichen. Dabei würden alle Regionen den gleichen Herausforderungen der Globalisierung unterliegen. Die Strategie könne daher als eine gemeinsame Antwort gesehen werden, den Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Ziel der Strategie sei es, einen zusätzlichen Wert durch Zusammenarbeit zu schaffen. Dabei müsse die richtige Balance zwischen Wettbewerb und Zusammenarbeit gefunden werden. Im Gegensatz zu dem Ansatz der Kohäsionspolitik habe die Kommission von Beginn an die Herangehensweise verfolgt, dass für die Ostseestrategie weder zusätzliche Finanzierungen, noch zusätzliche Institutionen oder zusätzliche Gesetzgebung hinzugefügt oder folgen sollten. Die Umsetzung der Strategie müsse vielmehr von allen Partnern wie Verwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Partnern, Unternehmen und Politik gemeinsam erfolgen. Um die Ziele der Strategie zu erreichen müsse, nach Meinung von Frau Vitcheva, der Binnenmarkt im Ostseeraum weiter gestärkt werden. Auch seien Koordination und Kooperation zwei Schlüsselfaktoren, die zu einem Gelingen der Strategie beitragen würden. Dazu müssten die bereits bestehenden Möglichkeiten der Kooperation im Rahmen der Kohäsionspolitik und anderer Programme vermehrt genutzt werden. Innovation sei eine der antreibenden Kräfte des nachhaltigen Wachstums. Das Wirtschaftswachstum solle dabei ressourceneffizient, umwelt- und klimafreundlich sein. Dies seien auch Ziele der Strategie EUROPA 2020. Die Ostseeregion habe das Potential, das „grüne Wachstum“ voranzubringen. Dies habe auch kürzlich eine Studie belegt, nach der in den kommenden Jahrzehnten durch „grünes Wachstum“ ein wirtschaftlicher Gewinn von 5 Billionen Euro möglich sein soll.

**TEIL I: Horizontale Maßnahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum (Finanzierung)**

**Dr. Sicco Rah** (Senatskanzlei Freie und Hansestadt Hamburg, Referat Europapolitik) erklärte, dass Ziel Hamburgs sei, den Ostseeraum voranzubringen und die soziale, wirtschaftliche und territoriale Kohäsion zu fördern. Grundlage hierfür sei die Umsetzung der EU-Ostseestrategie und die EU-Strukturförderpolitik. Dabei gebe es mehrere Ebenen der operativen Umsetzung in Hamburg, so u. a. die Koordinierung des Bereiches Bildung im Aktionsplan der Ostseestrategie, die Arbeit in regionalen Kooperationen (Bsp: die Organisation der Subregionen des Ostseeraumes, BSSSC, wo Hamburg 2009 - 2010 den Vorsitz inne hatte) sowie die Pflege der bilateralen Beziehungen zu Russland. Im Hinblick auf die Kohäsionspolitik ab 2014 sei aus Sicht Hamburgs für den Erfolg der Umsetzung der Ostseestrategie eine hinreichend finanzierte, programmatisch sinnvoll ausgerichtete und möglichst unbürokratisch administrierbare EU-Strukturförderung erforderlich.

Er erklärte, dass der am 29. Juni 2011 veröffentlichte Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen insgesamt 376 Milliarden Euro vorsehe. Schwerpunkte aus Sicht Hamburgs seien die fortgesetzte Förderung aller Regionen ab 2014, die Anerkennung der besonderen Förderbedürftigkeit von städtischen Anliegen sowie die Förderung von Städte-Land-Partnerschaften. Auch sei die Anerkennung der Bedeutung makroregionaler Strategien und Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung weitere Schwerpunkte. Aus Sicht Hamburgs sei eine Nutzung von EU-Strukturmitteln zwingend für die Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Schwerpunkt Hamburgs liege bei der Umsetzung des Programms INTERREG IV b mit dem Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“.

Je mehr Flexibilität bei der Anwendung der Strukturförderprogramme möglich sei, desto besser könne die EU-Ostseestrategie umgesetzt werden. Dies müsse insbesondere bei dem Entwurf der Programme zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) ab 2014 beachtet werden.

**Dr. Thomas Engelke** (Hanse-Office Brüssel) berichtete, dass das Hanseoffice eng mit den anderen Länderbüros und Partnern aus der Ostsee zusammenarbeite und die Ostseestrategie unterstütze. Dies geschehe durch die Informelle Ostseegruppe, die Interregionale Gruppe Ostseeregionen und die Baltic Sea Group des Ausschusses der Regionen. Im Jahr 2004 habe Schleswig-Holstein die Landesinitiative „Zukunft Meer“ ins Leben gerufen. Er berichtete über die Europäischen Meeresbeckenstrategien. Die Ostsee stelle die Pionierregion im Rahmen der Etablierung von makroregionalen Strategien dar. Die Donaustrategie sei gefolgt und nun sei mit Erklärung vom 23. Mai 2011 die Strategie für Adria/Ionisches Meer ebenfalls in den Vordergrund gerückt. Die Ostseestrategie umfasse vier Schwerpunkte, der Aktionsplan enthalte 15 Aktionsbereiche und 80 Flaggschiffprojekte. Das zweite Jahresforum werde im Oktober 2011 hier in Danzig stattfinden. Der Fortschrittsbericht sei am 22. Juni 2011 veröffentlicht worden und die Ratsschlussfolgerungen würden am 22. November 2011 erwartet. Schleswig-Holstein habe die Erarbeitung der Ostseestrategie konstruktiv unterstützt. Das Land habe den Fünf-Punkte-Aktionsplan „Clean Baltic Shipping“ sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Ostsee-Identität vorgeschlagen. Auch unterstütze Schleswig-Holstein die Anpassung finanzieller Ressourcen an die Strategie, u.a. durch den Vorsitz im deutschen Programmausschuss und als Mitglied im Monitoring Committee INTERREG IV B. Als Herausforderung nach 2013 nannte er u.a. das Erreichen der Reservierung eines Großteils der INTERREG-Ostsee-Programm Mittel für die Ostseestrategie, die Verknüpfung der Struktur- und Kohäsionsfondsprogramme mit der Strategie und die Verknüpfung Ziel 2 mit Ziel 3.

**Radomir Matczak** (Stellvertretender Direktor der Abteilung für Regional- und Raumentwicklung im Marschallamt der Woiwodschaft Pommern) stellte heraus, dass ein Problem der Strategie sei, dass ein starker politischer Leader fehle. Es gebe zu viele verschiedene Koordinatoren. Zudem seien immer noch sehr große Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen rund um die Ostsee vorhanden. Ohne die Regionen der Südlichen Ostsee wäre die Region insgesamt wirtschaftlich stärker. Wichtige Aspekte seien für Polen die Intensivierung der wirtschaftlichen Kontakte, die Etablierung eines Ostseewissensmarktes sowie die effektive Einbindung der Regionen bei der Kommerzialisierung von Innovationen. Er bemängelte, dass die Projektverteilung ungleich zugunsten der Umwelt ausfalle. Die Finanzierungsmöglichkeiten seien nach seiner Ansicht kein Hauptproblem der Strategie, vielmehr sei die fehlende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sektoren zu bemängeln. Die großen Diskrepanzen im wirtschaftlichen Wohlstand oder der Infrastruktur würden langsam verringert. Aber es bestünden noch große Defizite in den Bereichen Bildung und Innovation in einigen Regionen der Südlichen Ostsee. Er erwarte von der EU-Ostseestrategie eine Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes sowie einen neuen Ansatz im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit. Erfolgsfaktoren seien die aktive Beteiligung an der Umsetzung der Strategie sowie verbesserte Möglichkeiten der Finanzierung.

**Krzysztof Żarna** (Stellvertretender Direktor der Abteilung für Regionalentwicklung Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern) berichtete von der überregionalen Strategie für Westpolen 2020 und der operativen Programmentwicklung Westpolens 2014 - 2020. Die Strategie werde vom Ministerium für ländliche Entwicklung entwickelt, sei aber auf die Initiative von fünf Regionen zurückzuführen. Im Herbst 2010 sei mit der Ausarbeitung begonnen worden, indem eine Bestandsaufnahme im Bezug zu der regionalen Entwicklung erstellt wurde.

Daraus solle ein Aktionsplan mit acht Bereichen entwickelt werden. Ziele der Strategie seien u.a. der Erhalt von Hinweisen auf die potentielle Entwicklung in der Region, die Verbesserung der Zugänglichkeit der Region und die verbesserte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen und den angrenzenden Ländern. Auch werde mit der Strategie angestrebt dem Problem des demographischen Wandels zu begegnen. Ziel sei zudem die Bestandsaufnahme des wirtschaftlichen Potentials, die Vorbereitung der Region auf die künftige Kohäsionspolitik sowie die Verbesserung des strategischen Denkens an der deutsch-polnischen Grenze. Die regionale Entwicklungspolitik für Westpommern ziele darauf ab, bereits bestehende und neue Verbindungen zwischen der Makroregion und europäischen Regionen, insbesondere im Ostseeraum zu verbessern. Er wies in diesem Zusammenhang auf den Mangel an guten Verkehrsverbindungen mit Südeuropa und in Ost-West-Richtung hin. Der zunehmenden Bedeutung der Häfen werde u. a. durch den Ausbau des Hafenbeckens in Swinemünde und die Modernisierung der Infrastruktur, z. B. durch die Errichtung eines LNG Terminals, Rechnung getragen.

**Anders Lindholm** (Europäische Kommission, DG Regio, Abteilung Territoriale Zusammenarbeit) erklärte in der Diskussion, dass sich die Strategie für den Ostseeraum auf einige Gebiete konzentrieren solle, um einen Mehrwert zu erhalten. Neue, genaue Ziele seien in Arbeit, die derzeitigen Strukturen bedürften aber keiner neuen rechtlichen Rahmen. Die Flaggschiffprojekte hätten die Aufgabe, Ergebnisse hervorzubringen. Die Kommission könne nicht alles leisten, auch die Partner und Stakeholder müssten der Strategie vermehrt Aufmerksamkeit schenken.

**Malgorzata Ostrowska** (Abgeordnete des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen) erklärte, dass nach ihrer Ansicht die Hauptziele der Strategie nicht hinreichend definiert seien und strategische Ziele fehlen würden.

**Charlina Vitcheva** (Europäische Kommission, DG Regio) erwiderte darauf, dass die Strategie ein Prozess sei, der von den vier Säulen ausgehe und sich dann bis zu den Flaggschiffprojekten verzweige. Verbesserungen würden jetzt unter der polnischen Ratspräsidentschaft ausgearbeitet. Viele Kooperationsprojekte hätten ohne die Strategie nicht stattgefunden. Synergieeffekte zu erzielen sei schwierig und benötige Zeit.

**Dr. Sicco Rah** (Senatskanzlei Freie und Hansestadt Hamburg, Referat Europapolitik) bestätigte, dass es schwierig sei, die Strategie mit Leben zu erfüllen. Gerade aufgrund der Tatsache, dass viele Partner involviert seien, benötige man die entsprechende Zeit. Die Regionen hätten die Chance sich aktiv zu beteiligen, da die Strategie nicht „von oben“ komme. Daher könne es einen einzigen starken Akteur auch nicht geben. Eher müsse an eine zentrale Anlaufstelle gedacht werden, die administrative Hilfe gewähre.

**Dr. Thomas Engelke** (Hanse-Office Brüssel) erklärte, dass es auch vor der Einführung der Ostseestrategie bereits viele Projekte der Zusammenarbeit gegeben habe. Mit der Strategie seien diese in dem Aktionsplan systematisiert worden.

**Radomir Matczak** (Stellvertretender Direktor der Abteilung für Regional- und Raumentwicklung im Marschallamt der Woiwodschaft Pommern) war der Ansicht, dass ein großer politischer Leader fehle und die Ziele der Strategie nicht klar genug definiert seien. Daher sei die Strategie gefährdet und müsse daher Gegenstand der Diskussionen bleiben.

**Krzysztof Żarna** (Stellvertretender Direktor der Abteilung für Regionalentwicklung Marschallamt der Woiwodschaft Westpommern) erklärte, dass die Flaggschiffprojekte wichtige Faktoren der Strategie seien. Die Mehrheit der Regionen im westlichen Teil Polens hätten aber kein Projekt gefunden, dass ihr Interesse geweckt hat.

## **TEIL II Horizontale Maßnahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum (mehrstufiges Regierungssystem)**

**Klaus von Lepel** (Auswärtiges Amt der BRD, Leitender Regierungsdirektor) erklärte, dass im Rahmen der EU-Ostseestrategie alle Partner eigenständig handelten und der sogenannte bottom-up approach ausgeübt werde. Daher gebe es keine Steuerung der Stakeholder auf nationaler Ebene. Der Aktionsbereich 2 („Erhaltung der Naturräume und der biologischen Vielfalt, auch im Fischereibereich“) werde vom Bundesministerium für Umwelt und der Aktionsbereich 8 („Umsetzung des „Small Business Act“: Förderung unternehmerischer Initiative, Stärkung von KMU und effizienterer Einsatz der Humanressourcen“) vom Bundesministerium für Wirtschaft, Verkehr koordiniert. Im Aktionsbereich 12 (Erhaltung und Ausbau der Attraktivität des Ostseeraums, insbesondere durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung und Jugend, Tourismus, Kultur und Gesundheit“) koordiniere Mecklenburg-Vorpommern den Bereich Tourismus und Hamburg den Bereich Jugend und Bildung. Das Auswärtige Amt habe lediglich eine nachfragende Funktion und eine nachgelagerte Rolle, diene als nationaler Kontakt.

In regelmäßigen Ressortbesprechungen erfolge die Koordination zwischen den Ländern und den Bundesressorts. Während der polnischen und dänischen EU-Ratspräsidentschaft werde eine aktive Ostseepolitik mit der Evaluierung der Ostseestrategie und den Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen erfolgen. An den Langzeitprioritäten wie Wettbewerbsfähigkeit, Ökologie, Infrastruktur, Energiepolitik und Zivile Sicherheit müsse weiter gearbeitet werden. Dabei sei die Schaffung eines kohärenten Rahmens der Zusammenarbeit für die bereits bestehenden Strukturen erforderlich. Für die Bundesregierung sei die Einbeziehung von Drittstaaten, insbesondere von Russland in die Ostseestrategie wichtig. Russland solle vermehrt in Projekte und Koordinierungen mit einbezogen werden. Dem deutschen Vorsitz im Ostseerat werde 2012 Russland folgen. Schwerpunkt für beide Länder sei u.a. die regionale Modernisierungspartnerschaft. Ein Programm mit konkreten Projekten insbesondere für Kaliningrad werde hierzu erarbeitet. Dabei sei man auf aktive Mithilfe angewiesen, so bitte er darum, sich aktiv mit Ideen und Vorschlägen zu beteiligen. Es stünden mehrere Jubiläen an, u. a. die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz im August 2011 in Helsinki und das 20-jährige Bestehen des Ostseerates im Frühjahr 2012. Alle Akteure seien zudem zum Ostseetag nach Berlin im Frühjahr 2012 eingeladen. Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs des Ostseerates werde am 30./31. Mai 2012 stattfinden.

**Piotr Tondys** (Auswärtiges Amt Polens, Abteilung Europapolitik) erklärte, dass die polnische EU-Ratspräsidentschaft und die Umsetzung der EU-Ostseestrategie eng miteinander verknüpft seien. Das Ministerium für regionale Entwicklung, das Ministerium für Wirtschaft sowie das Umweltministerium und das Agrarministerium seien an der Realisierung von Projekten im Rahmen der Strategie beteiligt. Das Auswärtige Amt habe eine Koordinatorenrolle. Auch würden die Nichtregierungsorganisationen, die Regionen und andere Akteure in die Umsetzung einbezogen. Ein Team werde etabliert werden, um die Koordination der sektoralen Umsetzung zu verbessern. So solle ein Austausch möglich sein, um festzustellen und Bericht zu erstatten, inwieweit die Projekte fortschreiten. Dadurch solle die Koordination und die Kommunikation verbessert werden.

Zusätzlich werde ein Fragebogen erarbeitet, der an alle Akteure der Strategie gesendet werde. Dadurch solle festgestellt werden, an welchen Stellen und in welchen Bereichen noch Verbesserungsbedarf bestehe. Der Fragebogen solle auch eine der Grundlagen der polnischen Stellungnahme werden. Die polnische Ratspräsidentschaft sehe sich als eine Art Vermittler zwischen der EU und Drittstaaten, aber auch zwischen der EU und anderen Institutionen, wie z.B. der BSSSC. So werde die 19. Konferenz der BSSSC im Oktober 2011 in Stettin stattfinden. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch das 2. Jahresforum der EU-Ostseestrategie, das vom 24.-26. Oktober 2011 in Danzig stattfinden werde. Eine besondere Gruppe, die konkrete Ziele für die Strategie ausarbeiten solle und in der u.a. Vertreter der Mitgliedsstaaten, der GD Regio und der GD Mare vertreten seien, habe ihre erste Sitzung am 10. Juni 2011 abgehalten. Die „Friends of the Presidency Group“ sei übereingekommen, dass auch der Privatsektor bei der Umsetzung der Strategie vermehrt mit einbezogen werden sollte, die Kommunikation verbessert werden müsse und die Projekte stärker miteinander verbunden werden müssten. Auch erscheine eine Anknüpfung der Strategie mit der Donaustrategie möglicherweise sinnvoll um Synergieeffekte zu erzielen.

**Carina Sühnel** (Abteilung Regionalentwicklung der Region Skåne) berichtete, dass die Region Skåne im Rahmen des Programms INTERREG III B sehr aktiv gewesen sei. Die EU-Ostseestrategie sei kein Pilotprogramm, da traditionell in der Region gute Kooperationen im Rahmen von Projekten durchgeführt würden. Es gebe drei Einflussebenen auf die EU-Ostseestrategie in Schweden. Zum einen die Regierungsebene. Es würden nationale Dialogforen und Anhörungen durchgeführt. Aber auch regionale Konferenzen fänden statt. Zudem erfolge eine Beteiligung durch das Baltic Development Forum sowie andere Netzwerke und Kooperationen, wie der BSSSC. Schweden koordiniere die Aktionsbereiche „Forschung und Innovation“, „Verbesserung der internen und externen Verkehrsverbindungen“, „Verringerung des Einsatzes und der Auswirkungen gefährlicher Stoffe“ und „Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei“. Involviert sei Schweden u.a. in folgende Flaggschiffprojekte: „Clean Baltic Shipping“, „Baltic Science link“, „Baltic Transfer Outlook“ und „BSR Stars (Star Dust)“. Im September 2011 werde Schweden einen Bericht über die bisherige Umsetzung vorlegen.

**Władysław Mańkut** (Abgeordneter des Sejmiks der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Vorsitzender des Ausschusses für nationale und ethnische Minderheiten) erklärte in der Diskussionsrunde, dass die Fragen des Ausbaus des Seehafens Elbing und dem Weg durch das Frische Haff nicht mit in die Resolution aufgenommen werden solle.

**Piotr Tondys** (Auswärtiges Amt Polens, Abteilung Europapolitik) stimmte ihm zu, da dies Thema bilateraler Gespräche zwischen Russland und Polen sei. Eher könne das Problem im Ostseerat angesprochen werden.

### **Teil III Zukunft der Europäischen territorialen Zusammenarbeit, Nachbarschaftspolitik und Partnerschaft zu Russland**

**Liana Maximova** (Agentur für Internationale und Interregionale Zusammenarbeit, Regierung der Region Kaliningrad) erklärte, dass es aus ihrer Sicht nicht möglich sei, eine Strategie für eine Makroregion zu erarbeiten ohne alle Regierungen zu beteiligen. Kaliningrad habe 20 Partnerregionen in der gesamten Welt, 13 davon im Ostseeraum. Schleswig-Holstein und Brandenburg seien in Deutschland Partnerregionen, aber auch mit Hamburg würden enge Kontakte gepflegt. Der Mechanismus der Kooperation erfolge meist über die Räte, aber auch über andere Ostseeorganisationen. 1993 sei der polnisch-russische Rat gegründet worden. Unterstützen würden den Rat insgesamt 12 Ausschüsse sowie eine Arbeitsgruppe.

So werde auch das Problem des Elbinger Hafens im Rat diskutiert. Zudem gebe es noch den russisch-litauischen Rat sowie den russisch-weißrussischen Rat, die beide 2000 gegründet wurden. Die Zusammenarbeit im Rahmen von Organisationen im Ostseeraum erfolge u.a. über die Nördliche Dimension, CBSS und BSSSC. Auch auf nationaler Ebene finde eine rege grenzüberschreitende Zusammenarbeit statt. So habe es von 2004 - 2006 eine Zusammenarbeit zwischen Polen, Litauen und Kaliningrad mit insgesamt 46 Projekten gegeben. Es hätten sich insgesamt 124 Partner, darunter viele Gemeinden beteiligt. Im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerinstrument (ENPI) Polen-Litauen-Russland seien für den Zeitraum 2007 - 2013 (first call) bislang 190 Anträge eingereicht worden. Allerdings sei Kaliningrad an nicht sehr vielen Projekten beteiligt. Dennoch habe dies zu einer engeren Zusammenarbeit beigetragen. Dagegen seien Partnerschaften zu Schweden und Dänemark kaum vorhanden.

Für Kaliningrad seien die Bereiche Tourismus, Entwicklung des Verkehrsnetzes sowie Energieeffizienz und Entwicklung der Landwirtschaft von besonderer Bedeutung. Die Zukunft werde in weiteren Netzwerkkoperationen, in der Beteiligung Russlands und in neuen Programmen mit ENPI-Elementen unter Beteiligung Russlands gesehen. Ein Problem der Strategie stelle die nicht gesicherte Finanzierung dar. Wenn die Finanzierung geklärt sei, werde sich Kaliningrad gerne beteiligen.

Auf Nachfrage von **Anders Lindholm** nach der Ausgestaltung einer solchen Beteiligung erklärte **Liana Maximova**, dass sie bereits jetzt alle herzlich zu dem 3. Internationalen Forum der Partnerregionen Kaliningrads am 22./23. September 2011 nach Kaliningrad einlade.

**Kasper Orkisz** (Mitgründer des Programms der Meeresbildung in Gdansk) stellte das Projekt Meeresbildung in Danzig vor. Ursprungsidee des Projektes sei gewesen, jeden Danziger mit der Leidenschaft zum Meer anzustecken und den Menschen die Ostsee näher zu bringen. Der Blick sollte von der Stadt in Richtung Meer und das Bewusstsein auf den maritimen Sektor gelenkt werden. Mit dem Projekt sei im vergangenen Jahr begonnen worden. Jährlich würden 3600 Schüler erreicht, die mit zum Segeln auf See genommen würden. Das Projekt sei eine Ergänzung zur Schule und finde zu  $\frac{3}{4}$  im Frühjahr und zu  $\frac{1}{4}$  im Sommer statt. Im vergangenen Jahr seien über 150 Publikationen zu dem Programm entstanden. Jedes Jahr gebe es einen anderen Schwerpunkt. Es gebe viele Partner, die das Projekt unterstützen würden. Mit dem Marschallamt würden derzeit Gespräche geführt, um das Programm über die gesamte Woiwodschaft auszudehnen.

**Adam Krawiec** (Direktor der Abteilung für Bildung und Sport des Marschallamtes der Woiwodschaft Pommern) erklärte, dass gute Bildung eine Chance für die Woiwodschaft Pommern sei. Dabei seien der Aufbau einer Ostseeidentität, der Erwerb von Schlüsselkompetenzen sowie die Offenheit gegenüber anderen Kulturen von besonderer Bedeutung. Bildungsthemen würden von drei Ebenen wahrgenommen, der Gemeinde, die die Aufsicht über die Kindergärten und Schulen habe, dem Kreis, der die Aufsicht über die Oberschulen habe und der Woiwodschaft, die die Aufsicht über Geschehnisse mit regionaler Bedeutung und strategischem Charakter habe. Begabte Schüler würden in Mathematik, Physik und Informatik zusätzlich unterstützt. Zudem habe jeder Schüler die Chance, das Förderprogramm wahrzunehmen. Diese Funktionen würden im Rahmen der Selbstverwaltung von der Woiwodschaft ausgeübt, da es sich um strategische Ziele handele. Zudem gebe es Initiativen, die darauf ausgerichtet seien, einen Ausgleich der Bildungschancen in den Regionen herzustellen. Die natürliche Lage an der Ostsee sollte genutzt werden. Beim Segeln würden Erziehung und sportliche Werte vermittelt. Diese Seeausbildung stelle eine Form des Lernens dar.

Dabei sollten die Kompetenzen in Mathematik, wissenschaftlicher Technik sowie das kulturelle Bewusstsein der Schüler mit dem maritimen Programm gestärkt werden. Wichtig sei dabei auch die Nachhaltigkeit des Programms, auch in Bezug auf die Lehrer. Das Programm fördere drei Bereiche - zum einen Kreativität und Innovativität, aber auch das Kennenlernen anderer Kulturen und den Aufbau einer Identität der Ostsee.

**Malgorzata Ostrowska** (Abgeordnete des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen) fragte, ob es sinnvoll und möglich sei, dass Programm zu erweitern, möglicherweise in Kooperation mit Kaliningrad.

**Liana Maximova** (Agentur für Internationale und Interregionale Zusammenarbeit, Regierung der Region Kaliningrad) erklärte, dass das Programm sehr viel versprechend erscheine und eine Beteiligung Kaliningrader Schüler eine gute Gelegenheit des Zusammenkommens wäre. Aus Sicht Kaliningrads erscheine es sinnvoll, die Kommentare aus Kaliningrad mit in der Resolution zu berücksichtigen.

**Marek Biernacki** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern) erklärte am 2. Tagungstag, dem 5. Juli 2011, dass das Forum wieder einmal Anlass gegeben habe, Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen. Viele Stellungnahmen aus den verschiedensten Bereichen, darunter auch kritische Stimmen, seien vorgetragen worden. Das kommende Forum werde von Schleswig-Holstein ausgerichtet.

**Jacek Bendykowski** (Abgeordneter des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern) erklärte, dass in der Vergangenheit die Konferenz zunächst aus einem kurzem Plenumsteil bestanden habe und die Arbeit anschließend in verschiedenen Arbeitsgruppen fortgesetzt worden sei. Da in diesem Jahr alle Themen für so wichtig erachtet worden seien, habe sich der Gastgeber entschieden, nur eine Konferenz im Plenum abzuhalten. Der erste Teil der Konferenz habe sich auf die allgemeine Bewertung und die Finanzierung der Strategie bezogen. Auf europäischer Ebene werde Einstimmigkeit bevorzugt, die durch Kompromisse erzielt werde. Dies seien Erfolge, die oft aber keine stabilen und langfristigen Ergebnisse hervorriefen. Aber es gebe die Europäische Union nicht ohne Träume und einen entsprechenden Weitblick. Eine Gefahr bestehe darin, dass die Politiker die Bürger aus den Augen verlören. Der zweite Konferenzteil habe sich mit dem mehrstufigen Regierungssystem der Länder befasst. Positiv sei festzuhalten, dass Kaliningrad offen für Beteiligungen sei. Ob die Ziele der Konferenz erreicht wurden, müssten nun die Teilnehmer beurteilen.

**Grzegorz Grzelak** (Abgeordneter des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern, Vorsitzender des Ausschusses für Interregionale und Internationale Zusammenarbeit) erklärte, dass das mehrstufige Regierungssystem unter Berücksichtigung der regionalen Ebene beibehalten werden müsse, damit die Interessen und Bedürfnisse der Regionen hinreichend Berücksichtigung fänden. Die Identität der Region als Makroregion solle im Ansatz ausgebaut und die Projekte Gegenstand einer europäischen Diskussion werden. Das Niveau der Entwicklung der Region werde auch durch Innovation bestimmt. Ein langsames Angleichen der Lebensqualität erfolge bereits. Die Region könne in eine 1. Liga, dem westlichen Bereich und in eine 3. Liga, den östlichen Teilen der Region eingestuft werden. Mit dieser Metapher lasse sich seiner Meinung nach die Entwicklung der gesamten Ostseeregion gut darstellen. Die eigene Identität zu vertiefen, sei auch ein wichtiges Element der Kohäsionspolitik und der territorialen Politik.

Er erklärte, dass die Projekte auch ohne die Strategie umgesetzt würden und die Strategie nicht überschätzt werden sollte. In die Umsetzung der Strategie sei Russland nicht direkt involviert, aber es bestehe die Verantwortung Kaliningrad mit einzubeziehen. Er fordere in diesem Zusammenhang einen Ausbau der Instrumente der Nachbarschaftspolitik. Im Anschluss stellt er die erarbeitete Resolution vor.

**Marek Biernacki** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Pommern) schlug für das kommende Forum vor, die Resolution auf Englisch auszuarbeiten und zu verabschieden. Zudem schlug er vor, mehrere Arbeitstreffen im kleineren Kreis durchzuführen. Gerade die Zeit der polnischen Ratspräsidentschaft enthalte vermehrt die Verpflichtung, dass die Forderungen der Resolution auch umgesetzt würden.

**Renate Holznagel** (1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) erklärte, dass der Ostseeraum für Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung sei. Deshalb sei die Gemeinschaft so wichtig. Es sei spannend gewesen, die Resolution zu erarbeiten und den Stil und den Sinn der Konferenz auch der Resolution einzuhauchen. Sie hoffe, dass die Resolution an allen Stellen Gehör finden wird.

**Kazimierz Drzazga** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern) erklärte, dass die EU-Ostseestrategie ein lebendiger Organismus sei, der sich ständig wandle. Der Aufbau von Wohlstand und einer Identität seien dabei wichtige Ziele. Großer Erfolg sei die Resolution und die Arbeit des Resolutionsteams.

**Bernd Voß** (Vorsitzender des Europaausschusses des Landtages Schleswig-Holstein) unterstrich die Wichtigkeit, als Forum anerkannt zu werden. Viele Bereiche hätten sich weiterentwickelt und die Europäische Union wachse aus der Vielfalt heraus zusammen. Dabei würden die Grenzkontrollen ein Problem darstellen, vor allem für die Grenzpendler. Zudem bestünden in den Grenzregionen enge kulturelle Gemeinsamkeiten. Er erklärte, dass angestrebt werde, das kommende Forum bis spätestens April 2012 durchzuführen, da im Mai 2012 Wahlen in Schleswig-Holstein stattfinden würden. Für Herbst 2011 kündigte er daher das erste Treffen an.

**Julian Osiecki** (Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Ermland-Masuren) bedankte sich für die engen Gespräche am Rande der Konferenz. Er erklärte, dass auch zwischen den Konferenzen eng zusammengearbeitet werde und verabschiedete insbesondere Frau Holznagel.

**Siergiej Szepietilnikow** (Vorsitzender des Komitees für Internationale und Interregionale Zusammenarbeit der Kaliningrader Gebietsduma) betonte den informellen Charakter des Forums und zeigt sich erfreut, dass alle Anmerkungen Kaliningrads in der Resolution Eingang gefunden hätten. Er erklärte, dass es in Russland ab 2012 einheitliche staatliche Standards im Bildungsbereich geben werde, um das Bildungsniveau zu erhöhen. Kaliningrad habe das Bundesstatut der Ostseeuniversität erhalten. Einen Ableger der Ostseeuniversität gebe es in Allenstein. Es gebe noch deutliche Niveauunterschiede der Lebensqualität im Ostseeraum. Nach dem Gouverneur von Kaliningrad orientiere sich die Steigerung des Lebensniveaus in Kaliningrad an EU-Standards. Kaliningrad sei aufgeschlossen und freue sich auf Gäste.

**Pontus Lindberg** (Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung der Region Skåne) berichtete von einer Umfrage vom gestrigen Tage, nach der 50 % der Schweden die Region Skåne als eine der positivsten Regionen in Schweden ansehen würden. Zunächst habe Skåne im Südwesten sehr weit weg vom Zentrum Stockholm gelegen, die Region sei aber jetzt mehr in den Mittelpunkt gerückt. Die EU-Ostseestrategie sei sehr wichtig, auch wenn noch Hindernisse bestehen würden, biete sie viele Möglichkeiten. Zusammen könne in den kommenden Jahren viel erreicht werden.

**Barbara Duden** (Stellvertretende Präsidentin der Freien und Hansestadt Hamburg) zitierte ein chinesisches Sprichwort, das laute: „Es ist besser sich einmal zu sehen, als sich tausend Mal zu hören.“ Dem stimmte sie zu. Ihr Dank gehe an die Gastgeber und das Resolutions-team. Sie schlägt vor, möglicherweise in Zukunft eine Arbeitsgruppe zusätzlich für die Arbeit an der Resolution vorzusehen. Gegenüber der EU müsse mit einer Stimme gesprochen werden, denn gemeinsam sei man stärker.

10. PARLAMENTSFORUM SÜDLICHE OSTSEE



REGIONALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIE  
„SÜDLICHE OSTSEE 2020“

**Schlussresolution**

11.-13. März 2012  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Kiel

**Regionale Entwicklungsstrategie „Südliche Ostsee 2020“****Resolution  
des  
10. Parlamentsforums Südliche Ostsee  
vom 11.-13. März 2012  
in Kiel**

Im Mittelpunkt der Beratungen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 11.-13. März 2012 in Kiel stand die Umsetzung der Ziele von „Europa 2020“ in regionale Entwicklungsstrategien durch die beteiligten Partnerregionen.

Der Fokus lag auf Bildung und Beschäftigung sowie nachhaltigem Wachstum unter Einbeziehung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und territorialen Dimension.

Die Aussagen zu green growth sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz ([www.bspc.net](http://www.bspc.net)) einfließen.

Das Parlamentsforum hat gemeinsame Leitlinien formuliert mit dem Ziel, die Südliche Ostsee als innovativen Wachstumsraum in einem Europa der Regionen zu positionieren.

Die Schlussresolution des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee formuliert Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu ausgewählten Schwerpunktthemen (Bildung und Beschäftigung, green growth, Reform der EU-Strukturfonds). Adressaten sind die jeweils verantwortlichen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems. Dazu zählen im einzelnen: Das europäische Parlament und die EU-Kommission, Institutionen im Ostseeraum (Ostseerat, HELCOM, VASAB), Internationale Organisationen (IMO), die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee.

Dafür sehen die beteiligten Regionen folgenden Handlungsbedarf:

**I.     Regionalentwicklung Südliche Ostsee  
- Leitlinien und best-practice Beispiele -****1.     Bildung und Beschäftigung**

- Der strategische Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung – „ET 2020“ (2009/C 119/02) der EU-Bildungsminister ist als Leitlinie zur Entwicklung der Südlichen Ostsee heranzuziehen.

- Der Übergang von der Schule an die Hochschule und die Wahl des Studienfaches sind durch Konzepte für besseres Lernen und Lehren wie Brückenkurse zwischen Schule und Hochschule , Betreuung und Orientierungshilfe für Studierende (Studienberatung, Tutorenbetreuung), Weiterbildung für Dozenten und Professoren zu erleichtern.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee empfiehlt, die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen noch weiter zu intensivieren und abzustimmen.
- Partnerschaften und Austausch von Schulen in Kooperation mit dem Baltic Sea Labour Forum sind der richtige Weg hin zu mehr Mobilität und einem integrativen Arbeits- und Wissensraum. Der Übergang von der Schule in den Beruf und der Übergang von der Schule in die Hochschule sind zentrale Herausforderungen. Das Forum kommt überein, sich über die in den Regionen bereits bestehenden Konzepte und Projekte im Rahmen von best practice auszutauschen.
- Um den Zugang zum Arbeitsmarkt für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppen europaweit zu erleichtern, vereinbaren die im Parlamentsforum Südliche Ostsee vertretenen Regionen, an gemeinsamen Konzepten zu arbeiten. Dazu gehört auch, die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und erworbenen Sozialversicherungsansprüchen zu vereinfachen.
- Im Rahmen des „Europäischen Jahres 2012 für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ (32011D0940 und SEC (2010)1002 final vom 6.9.2010) sind Konzepte für altersgerechte Arbeitsbedingungen und einen besseren Zugang zu lebenslangem Lernen auch für Ältere zu entwickeln.
- Es ist notwendig, bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Bildungslandschaft, die spezifische Situation der ländlichen Räume gesondert zu berücksichtigen und diese Räume besonders zu fördern.
- Für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik sind neben quantitativen auch qualitative Aspekte zu berücksichtigen und europaweit zu verwirklichen.

## **2. Nachhaltiges Wachstum (green growth)**

Im Hinblick auf die Endlichkeit fossiler Ressourcen und vor dem Hintergrund der zu erwartenden Folgen des Klimawandels ist der Umbau der Wirtschaft insgesamt in Richtung auf eine ressourcenschonende Ökonomie anzustreben. Bei diesem Umbau sollte den Regionen eine wesentliche Rolle zukommen. Die diesbezüglichen Aussagen knüpfen insbesondere an die Beschlüsse des 6. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kolberg zur Energiepolitik, die Beschlüsse des 4. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und des 8. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Elbing zur Integrierten EU-Meerespolitik sowie an die Beschlüsse des 2., 3. und 9. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Misdroy, Binz und Danzig zur Tourismuspolitik sowie des 7. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Schwerin zur Ostseestrategie an. Diese sind weiterhin gültig.

### 2.1 Erneuerbare Energien

- Für den notwendigen Umbau der Energieversorgung sind sowohl eine bessere europaweite Vernetzung als auch der Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen auf der Grundlage Erneuerbarer Energien erforderlich. In der EU müssen der Energiebinnenmarkt durch eine bessere grenzüberschreitende Vernetzung weiterentwickelt, die Versorgungssicherheit erhöht und Möglichkeiten für einen kosteneffizienteren Transport erneuerbarer Energien eröffnet werden.

- Um Schwankungen von Angebot und Nachfrage in der Energieversorgung besser auszugleichen, sieht es das Parlamentsforum Südliche Ostsee als notwendig an, im Rahmen der zukünftigen Ausrichtung der EU-Forschungsförderung einen Schwerpunkt bei der Entwicklung effizienter und innovativer Lösungen zur Energieerzeugung und –speicherung unter Einsatz moderner Effizienz- und Informationstechnologien zu setzen.

- Um die Potenziale der Regionen für Erneuerbare Energien voll auszuschöpfen, bedarf es auch weiterhin einer begleitenden regionalen bzw. nationalen Rahmensetzung, die der technischen Entwicklung sowie den energiepolitischen Erfordernissen fortlaufend anzupassen ist und auch der Kosteneffizienz der einzelnen Energieerzeugungstechnologien Rechnung trägt.

## 2.2 Ressourceneffiziente Ökonomie

Am 20.09.2011 hat die Europäische Kommission ergänzend zu ihrer am 26.01.2011 veröffentlichten Mitteilung „Ressourcenschonendes Europa - eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020“ einen konkreten Fahrplan für eine nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 vorgestellt.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee begrüßt und unterstützt die Bemühungen der Europäischen Kommission für ein Ressourcen schonendes Europa und sieht dabei in zentralen Bereichen wie z.B. Wohnen, Mobilität und Lebensmittelerzeugung folgende Herausforderungen:

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt Projekte, die energetische Wohngebäudesanierung mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten, der Modernisierung der Energieversorgungsinfrastruktur, der Wohnumfeldverbesserung und der Identifikation von innovativen Finanzierungsinstrumenten verbinden, denn sie zeigen, dass der Wohnungssektor im Ostseeraum weit reichende Möglichkeiten zur Energieeinsparung bietet.

- Der Bereich der individuellen Mobilität hat einen erheblichen Anteil am Energieverbrauch und trägt stark zur Emission klimarelevanter Gase bei. Ein gut ausgebautes und allen Menschen Mobilität ermöglichendes, nachhaltiges Verkehrsnetz ist ein zentraler Teil der gesellschaftspolitischen Herausforderungen für die Zukunft des südlichen Ostseeraums.

- Weil das Schiff ein umweltverträgliches Transportmittel ist und zur weiteren Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Ostseeregion beiträgt, hat die Verlagerung der Verkehre von der Straße auf die Hochsee- und Binnenschifffahrt weiterhin oberste Priorität. Die bereits auf den Weg gebrachten Initiativen für „saubere Schifffahrt“ sind modellhaft für die Verknüpfung von Umweltschutz und Innovation. Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der Vorgaben für die Ostsee gegenüber anderen Meeresgebieten sind zu vermeiden.

- Bei der Beurteilung der Ressourceneffizienz der landwirtschaftlichen Produktion sind alle die Ökobilanz beeinflussenden Faktoren für die Erzeugung, den Transport und die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte mit in die Kalkulation einzubeziehen.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee bekennt sich zu dem Ziel der schonenden Verwendung endlicher Ressourcen in den genannten Sektoren und setzt sich ein für die Einführung von Rechtsvorschriften, die entsprechende Ausrichtung von Finanzierungsinstrumenten und die Förderung der Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch durch Informations- und Bildungsmaßnahmen.

### 2.3 Nachhaltiger Tourismus

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee bekennt sich zu einem nachhaltigen Tourismus.

- Mobilität ist die Herausforderung Nr. 1 für den Tourismus in der südlichen Ostsee. Das bedeutet, dass Tourismusregionen die Frage der Erreichbarkeit jenseits des Individualverkehrs für sich und vor allem für die Reisenden zufriedenstellend beantworten müssen.

- Die handwerkliche Fischereiwirtschaft soll gefördert und Möglichkeiten, in die ökologischen Formen des maritimen Tourismus zu investieren, sollen verbessert werden.

- Die Inanspruchnahme schützenswerter Naturgebiete durch Tourismusaktivitäten ist im Hinblick auf die Grenze der Belastungsfähigkeit dieser Gebiete und gemeinsam festgelegte Grundsätze zur Raumordnung zu regulieren.

### 2.4 Integrierte Maritime Politik

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt die EU-Kommission bei ihrem Vorhaben, für eine erfolgreiche Integrierte Maritime Politik ein stärker integriertes Meereswissens-Netzwerk (Umwelt, Fischerei, Raumplanung, Schifffahrt, etc.) aufzubauen, da den Regionen beim Monitoring und der Nutzung der Daten eine vorrangige Rolle zukommt.

- Für die Konkurrenzfähigkeit der maritimen Wirtschaft im globalen Wettbewerb bedarf es vermehrt anwendungsbezogener Forschung und Innovation, um Kompetenzen in den Bereichen Schiffssicherheit, Energie-Effizienz, Emissionsreduzierung, alternative Schiffsantriebe und erneuerbare Energie zu entwickeln und zu vermarkten.

- Im Hinblick auf die nachhaltige Nutzung der maritimen Umwelt sind gemeinsame Ziele der maritimen Raumplanungspolitik - unter Einbeziehung der Leitlinien von VASAB (Konferenz der auf nationaler Ebene zuständigen Minister für die Raumplanung) - für die Regionen in der südlichen Ostsee zu erarbeiten und umzusetzen.

- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee unterstützt das Ansinnen der EU-Kommission durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik diese stärker an dem Ziel der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit auszurichten. Für die Regionen der südlichen Ostsee ist dabei von besonderer Bedeutung, dass sowohl den Interessen der handwerklichen Fischereiwirtschaft als auch dem Schutz der Meeresumwelt ausreichend Rechnung getragen wird.

- Die Gammelfischerei soll eingeschränkt und letztendlich abgeschafft werden. Die maximale Größe der Fischereischiffe auf der Ostsee soll überprüft werden.

## **II. Reform der EU-Strukturpolitik für die Programmplanungsperiode 2014 - 2020**

- Angesichts der im Rahmen von Europa 2020 vorgeschlagenen Prioritäten müssen die Regionen auch bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik über ausreichende Kompetenzen verfügen, um mit diesem effizienten Werkzeug Lösungen für regionalspezifische Probleme finden und regionale Entwicklungspotentiale gestalten zu können.
- Die Regionen müssen bei der Festlegung der Strategien und Prioritäten der zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten auszuhandelnden Partnerschaftsverträge angemessen beteiligt werden.
- Die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen sind aufgefordert, die Komplexität der Vorschläge zur Reform der Strukturfonds, die Zunahme an zu koordinierenden Programmebenen (Gemeinsamer Strategischer Rahmen, Partnerschaftsverträge, Nationale Rahmenprogramme, Operationelle Programme) und Politikbereiche (Kohäsionspolitik, Wachstums- und Stabilitätspakt) und die letztlich daraus resultierende Zunahme an Kontroll- und Berichtspflichten entsprechend ihrer eigenen Zielsetzung so zu verringern, dass der bürokratische Aufwand für die Verwaltung der EU-Strukturfonds minimiert wird.
- Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Europäischen Parlament für die im Rahmen der Umsetzung der Ostseestrategie gewährte Technische Hilfe und sieht eine entsprechende zukünftige Unterstützung als notwendig an.
- Im Rahmen der Kohäsionspolitik sind ab dem Jahr 2014 die im Bereich der operationellen Programme durch die Programmverantwortlichen für die Umsetzung der Ziele der EU-Ostseestrategie festzulegen, da Interreg allein nicht allen Anforderungen gerecht werden kann.
- Das für das Ziel Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) zur Auswahl stehende Themenmenü (sog. Investitionsprioritäten) ist zu stark eingeschränkt. Klassische Themen der Regionalförderung, die derzeit die Schwerpunkte der Interreg-Förderung bilden, wie z.B. Tourismus, Kultur, Sprache und Stadt-Land-Zusammenarbeit scheinen nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt förderfähig zu sein. Die ETZ-Verordnung sollte durch einen eigenen, umfassenden Themenkatalog ergänzt werden und nicht wie vorgesehen auf die Anwendung des EFRE Katalogs verweisen.
- Der Tourismus sollte als ein wichtiger Wirtschaftszweig weiterhin über den Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE) förderfähig sein.
- Insbesondere Infrastrukturförderungen, die einen Beitrag zu den Zielen der Europa 2020-Strategie leisten können, sind erforderlich. Dazu gehören: Investitionen in Infrastrukturen, die eine Verlagerung von Verkehrsströmen von der Straße auf die

Schiene und die Hochsee- und Binnenschifffahrt bewirken, Investitionen, die zur Erschließung der Potenziale der erneuerbaren Energien dienen, Investitionen in moderne IKT-Infrastrukturen wie z.B. Glasfasernetze, Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastrukturen wie z.B. Gewerbegebiete und Investitionen in die touristische Infrastruktur.

- Um der Abwanderung und demographischen Entwicklung in strukturschwachen Gebieten zu begegnen, ist eine möglichst enge Abstimmung zwischen den Europäischen Strukturfonds und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) erforderlich.

- Die Regelungen des Europäischen Landwirtschaftsfonds hinsichtlich der Zielgebietseinteilung, der Kofinanzierungssätze und der förderfähigen Kosten sind mit den Bedingungen für den Europäischen Regionalfonds zu harmonisieren. Private Mittel sind als nationale Kofinanzierung anzurechnen.

- Für den Einsatz von revolvingierenden Fonds als ein Instrument zur Neuausrichtung der Förderpolitik sprechen folgende Vorteile: die zeitliche Optimierung von Investitionen (keine strenge Bindung der Fördermittel an Haushaltsjahre), die bessere Risikoselektion von Projekten (Selbstselektion der Unternehmer) und der Beitrag der zinsverbilligten Darlehen zur Überwindung von Eigenkapitalknappheit.

- Die im Zuge der Reform der Strukturfonds geplanten Konditionalitäten und Anreize werden grundsätzlich kritisch betrachtet. Den Regionen sollten keine Verpflichtungen zu strukturellen und institutionellen Reformen als Bedingung für die Zuweisung von Strukturfondsmitteln auferlegt werden. Die Zuweisung der Mittel darf nicht von der Erfüllung von Vorgaben abhängen, die die Regionen nicht beeinflussen können, wie z.B. die Einhaltung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

### **III. Südliche Ostsee der Zukunft : grüner, blauer, bunter - ein innovativer Wachstumsraum**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee kommt vor dem Hintergrund seiner langjährigen Zusammenarbeit überein, die Politik in der Südlichen Ostsee grüner (nachhaltiges Wachstum bei nachhaltiger Haushaltsplanung), blauer (Integrierte Maritime Politik) und bunter (innovativ und in kultureller Vielfalt) auszurichten. Die Partnerregionen sehen den Bedarf, die grenzüberschreitende Regionalentwicklung zukunftsfähig auszugestalten und dabei auch weiterhin gemeinsamer Impulse in den Bereichen des nachhaltigen und ressourcenschonenden Wachstums, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und des nachhaltigen Tourismus, der integrierten Meerespolitik, der Umweltpolitik, der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Gesundheitsversorgung, der Verkehrsinfrastruktur und im Zusammenwachsen seiner kulturellen Vielfalt zu setzen:

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee verständigt sich daher auf Entwicklungsleitlinien, damit folgende Vision „Südliche Ostsee der Zukunft“ Wirklichkeit wird:

1. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft kann ihren Energiebedarf aus eigener Kraft decken. Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Die Energieressourcen und Energiepotentiale werden optimal genutzt. Dies wird unter Berücksichtigung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung und insbesondere durch die Zusammenarbeit im Bereich der Erzeugung, Speicherung und Entwicklung der erneuerbaren Energie, der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie durch die Einführung einheitlicher und ostseeweiter Energienetze erreicht.
2. In der Region Südliche Ostsee der Zukunft arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft zur Entwicklung von Innovationen eng zusammen.
3. Die Bewohner der Region der Zukunft nutzen ein vergleichbares hochqualitatives Bildungssystem mit wechselseitig anerkannten Bildungsabschlüssen, Berufs- und Hochschulabschlüssen, das einen erfolgreichen Start auf dem integrierten europäischen Arbeitsmarkt ermöglicht. Dazu gehört auch lebenslanges Lernen, gerade für Menschen über 50. Eine gute Ausbildung und lebenslanges Lernen sorgen für eine gute Work-Life-Balance.
4. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft verfügt über ein hochentwickeltes, multimodales, engmaschiges Verkehrssystem unter besonderer Berücksichtigung der Verbindungen zwischen kleinen und großen Häfen, Hochsee- und Binnenschiffverbindungen sowohl in Bezug auf den Warenverkehr als auch in Bezug auf den Tourismus. Die positive Entwicklung der Wirtschaft wird durch hochmoderne Datennetze unterstützt.
5. Die Menschen der Region Südliche Ostsee der Zukunft leben in einer engagierten Bürgergesellschaft, verfügen über großes soziales Kapital, sind offen und tolerant, sind sich ihrer gemeinsamen Ostsee-Identität bewusst, die geprägt ist durch mehrere Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte und eine enge Zusammenarbeit in der Gegenwart. Dabei respektieren und schätzen sie die unterschiedlichen kulturellen Besonderheiten.
6. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft verfügt über eine optimale, grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Die gesamte Region profitiert von den eigenen, international führenden Standorten für Medizin, Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft und arbeitet hier eng zusammen.
7. Die Region Südliche Ostsee der Zukunft ist eine prosperierende Region, in der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichergestellt ist.

Die Hamburgische  
Bürgerschaft



Silke Vogt-Deppe  
Delegationsleitung der Bürgerschaft

Sejmik der Woiwodschaft  
Westpommern



Kazimierz Drzazga  
Vizevorsitzender des Sejmik

Der Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern



Sylvia Bretschneider  
Präsidentin des Landtages

Sejmik der Woiwodschaft  
Pommern



Marek Biernacki  
Vizevorsitzender des Sejmik

Der Landtag  
Schleswig-Holstein



Bernd Voß  
Vorsitzender des Europaausschusses

Sejmik der Woiwodschaft  
Ermland-Masuren



Julian Osiecki  
Vorsitzender des Sejmik

10. Forum Parlamentów  
Regionalnych Południowego Bałtyku



**Strategia rozwoju regionu  
„Południowy Bałtyk 2020“**

**Re z o l u c j a**

Kilonia, 11-13 marca 2012 r.  
Parlament Szlezwika-Holsztynu

## Strategia rozwoju regionu „Południowy Bałtyk 2020”

### Rezolucja X Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku Kilonia, 11–13 marca 2012 r.

W centrum uwagi obrad X Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w dniach 11–13 marca 2012 r. w Kilonii znalazła się realizacja celów strategii „Europa 2020” w ramach strategii rozwojowych zaangażowanych regionów partnerskich. Główny nacisk położony został na edukację i zatrudnienie oraz zrównoważony rozwój z uwzględnieniem wymiaru gospodarczego, społecznego, ekologicznego i terytorialnego. Wypracowane wnioski w zakresie tzw. „zielonej inicjatywy na rzecz zrównoważonego wzrostu” (*green growth*) powinny zostać przekazane m.in. Konferencji Parlamentarnej Morza Bałtyckiego ([www.bspc.net](http://www.bspc.net)), zajmującej się aktualnie tym samym tematem. Podczas Forum Parlamentów Regionalnych sformułowano wspólne wytyczne, mające na celu wykreowanie pozycji Południowego Bałtyku jako innowacyjnego obszaru wzrostu w Europie Regionów.

Rezolucja końcowa X Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku formułuje potrzebę działań na rzecz rozwoju regionu Południowego Bałtyku w zakresie wybranych obszarów priorytetowych (edukacja i zatrudnienie, zielona inicjatywa na rzecz zrównoważonego wzrostu „*green growth*”, reforma polityki strukturalnej Unii Europejskiej). Adresatami są decydenci, reprezentujący różne szczeble europejskiego systemu wielopłaszczyznowego, a mianowicie: instytucje europejskie, konferencje ministrów państw Morza Bałtyckiego, m.in. HELCOM, VASAB, organizacje międzynarodowe, w tym IMO, rządy krajowe i regionalne, jak i parlamenty partnerskie w regionie Południowego Bałtyku.

Zaangażowane parlamenty partnerskie postrzegają konieczność podjęcia działań w następujących obszarach:

#### I. Rozwój regionu Południowy Bałtyk - wytyczne i przykłady dobrej praktyki (*best –practice*)

##### 1. Edukacja i zatrudnienie

- Strategiczne ramy europejskiej współpracy w dziedzinie kształcenia i szkolenia „ET 2020” (2009/C 119/02), wypracowane przez ministrów ds. edukacji UE powinny stanowić wytyczne dla rozwoju obszaru Południowego Bałtyku.

- Osobom kształcącym się należy ułatwić przejście ze szkoły na uczelnię oraz pomóc przy podejmowaniu decyzji dotyczącej wyboru kierunku studiów przez wprowadzenie koncepcji gwarantujących lepsze uczenie się i nauczanie w formie tzw. kursów pomostowych „szkoła – uczelnia”, wsparcie dla studentów (porady dla studentów, opieka ze strony tutorów) oraz doskonalenie zawodowe wykładowców i profesorów.

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku popiera dalszą intensyfikację uzgodnionej współpracy pomiędzy uczelniami wyższymi.
- Programy partnerskie oraz wymiany pomiędzy szkołami we współpracy z Forum „Baltic Sea Labour” stanowią właściwą drogę do zwiększenia mobilności oraz poprawy integracji świata nauki i pracy. Główne wyzwania stanowią: etap podjęcia pracy zawodowej po ukończeniu szkoły oraz etap rozpoczęcia studiów po ukończeniu szkoły średniej. Forum wspiera wymianę w zakresie już istniejących pomysłów i projektów w ramach zasad *best practice* pomiędzy regionami.
- Regiony reprezentujące Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku podejmują prace mające na celu opracowanie wspólnych koncepcji projektów, mających na celu ułatwienie dostępu do ogólnoeuropejskiego rynku pracy osobom zagrożonym wykluczeniem. Do tego zaliczyć należy uproszczenie procedur w zakresie wzajemnego uznawania dyplomów i kwalifikacji naukowych i zawodowych, jak i nabytych praw do świadczeń socjalnych.
- W ramach „Europejskiego Roku Aktywności Osób Starszych i Solidarności Międzypokoleniowej 2012” (32011D0940, SEC (2010)1002 z dn. 06.09.2010 r.) należy opracować koncepcje uwzględniające warunki pracy odpowiednie do wieku oraz lepszy dostęp do ofert edukacyjnych („Uczenie się przez całe życie”).
- W świetle walki ze skutkami zmian demograficznych i ich wpływu na organizację edukacji, Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku uważa za konieczne odrębne uwzględnienie specyfiki regionów wiejskich i ich szczególne wspieranie.
- Zrównoważona polityka zatrudnienia na szczeblu europejskim wymaga uwzględnienia nie tylko aspektów ilościowych, ale także jakościowych.

## **2. Zielona inicjatywa na rzecz zrównoważonego wzrostu (green growth)**

Z uwagi na wyczerpywanie się złóż kopalnych surowców oraz spodziewane skutki zmian klimatycznych konieczne jest podjęcie starań mających na celu stworzenie racjonalnej gospodarki zasobami. Istotną rolę w tym zakresie powinny odgrywać regiony. Powyższe stwierdzenia, nawiązujące głównie do zapisów rezolucji przyjętych podczas VI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w Kołobrzegu nt. polityki energetycznej, IV Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w Kilonii oraz VIII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w Elblągu nt. zintegrowanej polityki morskiej Unii Europejskiej, a także podczas II, III i IX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w Międzyzdrojach, Binz i Gdańsku nt. polityki turystycznej, nie straciły na ważności.

### 2.1 Energie odnawialne

- Przekształcenia gospodarcze w zakresie zaopatrzenia energetycznego wymagają lepszego usieciowienia na szczeblu ogólnoeuropejskim, a także podjęcia działań w kierunku decentralizacji systemu dostaw energii ze źródeł odnawialnych. W Unii Europejskiej należy nadal rozwijać wewnętrzny rynek energetyczny poprzez lepsze usieciowienie

międzynarodowe, zwiększać bezpieczeństwo zaopatrzenia oraz stworzyć możliwości w zakresie optymalizacji kosztów przesyłu energii odnawialnych.

- W celu wyrównania popytu i podaży w zakresie zaopatrzenia energetycznego powinno się w ramach wspierania obszaru badań w Unii Europejskiej położyć szczególny nacisk na rozwijanie efektywnych i nowatorskich rozwiązań pozyskiwania i akumulowania energii, przy zastosowaniu w tym zakresie nowoczesnych technologii informatycznych.

- Aby w pełni wykorzystać potencjały regionów w zakresie energii odnawialnych konieczne jest opracowanie adekwatnych do aktualnego postępu technicznego warunków ramowych na szczeblu regionalnym bądź narodowym. Warunki te powinny również uwzględniać efektywność kosztową poszczególnych technologii produkcji energii.

## 2.2 Efektywna gospodarka zasobami

W dniu 20.09.2011 r. Komisja Europejska, nawiązując do ogłoszonego w dniu 26.01.2011 r. komunikatu „Strategia Europa 2020” i jej inicjatywy przewodniej „Europa efektywnie korzystająca z zasobów”, przedstawiła konkretny plan działania, mający na celu przekształcenie do roku 2050 gospodarki europejskiej w gospodarke zrównoważoną.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku przyjmuje z zadowoleniem i jednocześnie wspiera starania Komisji Europejskiej podejmowane na rzecz „Europy efektywnie korzystającej z zasobów”, dostrzegając w sektorach kluczowych, takich jak np. budownictwo mieszkaniowe, mobilność i przemysł spożywczy, następujące wyzwania:

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wspiera projekty łączące koncepcje energetycznej modernizacji budynków mieszkalnych wraz ze zintegrowanymi koncepcjami rozwoju miast, modernizacją infrastruktury energetycznej, działaniami na rzecz poprawy otoczenia mieszkaniowego oraz koncepcjami utożsamiania się z innowacyjnymi instrumentami finansowania, ponieważ pokazują one, że sektor budownictwa mieszkaniowego w obszarze Morza Bałtyckiego dysponuje wieloma możliwościami w zakresie oszczędzania energii.

- Mobilność indywidualna ma duży udział w zużyciu energii oraz przyczynia się znacznie do wzrostu emisji gazów cieplarnianych. Dobrze rozbudowana zrównoważona sieć transportowa umożliwiająca mobilność, stanowi ważny element wyzwań społeczno-politycznych w obliczu przyszłości obszaru Południowego Bałtyku.

- Ponieważ najbardziej przyjaznym dla środowiska jest transport wodny – przyczyniający się zdecydowanie do redukcji emisji dwutlenku węgla – w obszarze Morza Bałtyckiego najważniejszym priorytetem nadal pozostaje przesunięcie ciężaru transportu z dróg lądowych na drogi wodne – śródlądowe i morskie. Wdrażane inicjatywy wzorcowe na rzecz czystej żeglugi łączą koncepcje ochrony środowiska z działaniami innowacyjnymi. W działaniach tych należy unikać ograniczenia konkurencyjności gospodarczej regionu Morza Bałtyckiego w stosunku do innych obszarów morskich w Europie.

- Przy ocenie efektywności wykorzystania zasobów związanych z produkcją rolną, w kalkulacji kosztów należy uwzględnić wszystkie czynniki wpływające na bilans ekonomiczny, obejmujący produkcję, transport oraz działania marketingowo-promocyjne.

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku popiera cel racjonalnego, oszczędnego korzystania z wyczerpujących się zasobów we wspomnianych już sektorach oraz opowiada się za wprowadzeniem przepisów prawnych, odpowiednim ukierunkowaniem w zakresie instrumentów finansowych oraz promocją zrównoważonej konsumpcji i produkcji w ramach działań informacyjno-edukacyjnych.

### 2.3 Zrównoważona turystyka

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku opowiada się za turystyką zrównoważoną.

- Wyzwaniem numer jeden dla turystyki w obszarze Południowego Bałtyku jest mobilność. Oznacza to, że regiony docelowe turystyki powinny w odpowiedni sposób zadbać o dostępność indywidualnego transportu nie tylko dla mieszkańców, ale przede wszystkim dla turystów.

- Należy nadal wspierać rybołówstwo rzemieślnicze w aspekcie zwiększania możliwości inwestowania w ekologiczne formy turystyki morskiej.

- Należy uregulować rozwój aktywności gospodarczej w dziedzinie turystyki na obszarach cennych przyrodniczo poprzez określanie chłonności terenów w rozumieniu urbanistycznym oraz ustalanie wspólnych zasad kształtowania ładu przestrzennego.

### 2.4 Zintegrowana polityka morska

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wspiera Komisję Europejską w staraniach na rzecz zintegrowanej polityki morskiej, mających na celu większą integrację i usieciowienie nauk morskich (ochrona środowiska, wykorzystanie rybołówstwa, planowanie przestrzenne, monitoring żeglugi itd.). Regionom przypada bowiem priorytetowa rola w zakresie gromadzenia i wykorzystania zebranych danych.

- Podnoszenie konkurencyjności gospodarki morskiej w ujęciu globalnym wymaga wprowadzenia większej ilości nauk stosowanych i działań innowacyjnych, mających na celu rozwój i promocję kompetencji w takich obszarach jak: bezpieczeństwo żeglugi, efektywność energetyczna, redukcja emisji, alternatywne napędy statków, energia odnawialna.

- W związku z tym należy opracować i realizować wspólne dla regionów Południowego Bałtyku cele morskiej polityki przestrzennej – z uwzględnieniem wytycznych VASAB (Konferencja Ministrów odpowiedzialnych za planowanie przestrzenne i rozwój regionu Morza Bałtyckiego) – związane ze zrównoważonym korzystaniem ze środowiska morskiego.

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wspiera zamiar Komisji Europejskiej w zakresie reformy wspólnej polityki rybołówstwa, ze szczególnym uwzględnieniem celu zrównoważonego rozwoju ekologicznego i społecznego. Dla regionów Południowego Bałtyku duże znaczenie ma stosowne uwzględnienie interesów rybołówstwa rzemieślniczego oraz ochrony środowiska morskiego.

- Powinno się ograniczyć, a następnie zaprzestać połowów paszowych, a także ograniczyć wielkość statków rybackich połowiących na Bałtyku.

## **II. Reforma polityki strukturalnej Unii Europejskiej w okresie programowania 2014–2020**

- Regiony – biorąc pod uwagę priorytety zaproponowane w strategii „Europa 2020” – powinny mieć odpowiednie kompetencje w zakresie wdrażania polityki spójności w taki sposób, aby stała się ona w ich ręku skutecznym narzędziem służącym rozwiązywaniu problemów specyficznych dla regionów oraz kreowaniu regionalnych potencjałów rozwojowych.

- Regionom należy zapewnić odpowiedni udział w opracowywaniu strategii i ustalaniu priorytetów podczas negocjowania umów partnerskich pomiędzy Komisją Europejską a państwami członkowskimi.

- Do instytucji na szczeblu europejskim oraz rządów poszczególnych krajów kierowany jest postulat, mający na celu minimalizację biurokracji administracji zarządzającej funduszami strukturalnymi Unii Europejskiej poprzez – odpowiednio do postawionego celu – uproszczenia w zakresie kompleksowości przedłożonych propozycji dotyczących reformy funduszy strukturalnych, nowe płaszczyzny programowe wymagające działań koordynacyjnych (wspólne ramy strategiczne, umowy partnerskie, narodowe programy ramowe, programy operacyjne) oraz obszary polityczne (polityka spójności, pakt na rzecz stabilności i wzrostu), jak i wynikające z tego obowiązki kontrolno-sprawozdawcze.

- Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wyraża wdzięczność Parlamentowi Europejskiemu za wsparcie techniczne udzielone w ramach realizacji Strategii UE dla Regionu Morza Bałtyckiego oraz dostrzega potrzebę takiego wsparcia w przyszłości.

- W ramach polityki spójności, począwszy od roku 2014 r., odpowiedzialni za programy operacyjne, ukierunkowane na realizację celów Strategii UE dla Regionu Morza Bałtyckiego, powinni określić poziomy finansowania, ponieważ sam program Interreg nie jest w stanie sprostać wszystkim wymaganiom.

- Wybór tematów (tzw. priorytetów inwestycyjnych) w zakresie celu „europejska współpraca terytorialna” jest zbyt ograniczony. Tematy klasyczne, objęte wsparciem regionalnym, stanowiące obecnie priorytety w ramach programu Interreg, takie jak np. turystyka, kultura, nauka języka obcego, wspieranie powiązań między obszarami wiejskimi i miejskim, nie są kwalifikowalne, bądź jedynie w bardzo ograniczonym stopniu. Należy uzupełnić rozporządzenie regulujące europejską współpracę terytorialną o własny, obszerny katalog tematów, a nie odsyłać – jak przewidziano – osoby zainteresowane do katalogu Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego (EFRR).

- Turystyka jest ważną gałęzią gospodarki i powinna być nadal wspierana ze środków Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego (EFRR).

- Konieczne jest dalsze wspieranie rozwoju infrastruktury, mogącej mieć wpływ na realizację celów Strategii Europa 2020, a więc: inwestycje w infrastrukturę, przesunięcie ciężaru ruchu z dróg na tory kolejowe, jak i drogi morskie i śródlądowe, wykorzystanie potencjału energii odnawialnej, inwestycje na rzecz nowoczesnej infrastruktury w zakresie technologii informacyjno-komunikacyjnej, np. w sieci światłowodowe, inwestycje w infrastrukturę okołobiznesową, np. w tereny przemysłowe oraz w infrastrukturę turystyczną.

- Aby sprostać problemom związanym z odpływem ludności i procesem demograficznego starzenia się społeczeństwa na obszarach słabo rozwiniętych pod względem strukturalnym konieczna jest ścisła harmonizacja wytycznych Europejskiego Funduszu Społecznego (EFS) i Europejskiego Funduszu Rolnego na rzecz Rozwoju Obszarów Wiejskich (EFRROW).

- Należy dokonać harmonizacji regulacji Europejskiego Funduszu Rolnego na rzecz Rozwoju Obszarów Wiejskich w odniesieniu do określenia obszarów wsparcia, wytycznych w zakresie wydatków kwalifikowanych w projektach finansowanych z warunkami określonymi przez Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego (EFRR) w taki sposób, aby prywatne środki własne zaliczane były jako krajowy wkład własny.

- Z zastosowania funduszy zwrotnych jako nowego instrumentu wsparcia płyną następujące korzyści: optymalizację czasu inwestowania (większa elastyczność w kwestii planowania i rozliczania dotacji na dany rok budżetowy), ograniczenie ryzyka związanego z realizacją projektów przez przedsiębiorstwa oraz niskooprocentowane pożyczki dla podmiotów, których kapitał własny nie wystarcza na realizację danych inwestycji.

- Krytycznie ocenia się warunki i zachęty planowanych w wyniku reformy funduszy strukturalnych. Warunkiem otrzymania przez regiony dotacji z funduszy strukturalnych nie powinno być nałożenie na nie obowiązków wynikających z realizacji reform strukturalnych i instytucjonalnych. Przyznanie wsparcia nie powinno być uzależnione od spełnienia przez region warunków, na które nie ma wpływu, np. przestrzegania kryteriów paktu stabilności i wzrostu przez rządy poszczególnych państw.

### **III. „Południowy Bałtyk Przyszłości“: bardziej zielony, bardziej niebieski, bardziej kolorowy – innowacyjny obszar wzrostu**

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku uzgadnia, że polityka w regionie Południowego Bałtyku kształtowana będzie w sposób bardziej zielony (zrównoważony wzrost, który może zostać osiągnięty w ramach zrównoważonego budżetu), bardziej niebieski (zintegrowana polityka morska) i bardziej kolorowy (innowacja). Regiony partnerskie jednogłośnie dostrzegają potrzebę promowania działań mających na celu rozwój regionów transgranicznych pod kątem perspektywy rozwoju, podejmując wspólne inicjatywy w zakresie zrównoważonego i efektywnego wykorzystania zasobów, szczególnie w obszarze energii odnawialnych, zrównoważonej turystyki, zintegrowanej polityki morskiej, polityki ochrony środowiska, edukacji, rynku pracy, systemu opieki zdrowotnej, infrastruktury komunikacyjnej, uwzględniając przy tym zjawisko przenikania się różnych kultur.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku, w oparciu o długoletnią współpracę, uzgadnia kierunki rozwoju, których realizacja przyczyni się do urzeczywistnienia wizji „Południowy Bałtyk Przyszłości”:

1. Region Południowego Bałtyku Przyszłości jest samowystarczalny i bezpieczny energetycznie. Optymalnie wykorzystuje dostępne zasoby i potencjały energetyczne. Stan taki osiągnąć jest z poszanowaniem zasady zrównoważonego rozwoju, ze szczególnym uwzględnieniem współpracy w zakresie wytwarzania, akumulacji i rozwoju energii odnawialnej, efektywności wykorzystania i oszczędzania energii, tworzenia spójnych sieci przesyłu energii w ramach ringu energetycznego Bałtyku.
2. Region Południowego Bałtyku Przyszłości zapewnia wsparcie dla bliskiej współpracy nauki i biznesu na rzecz rozwoju innowacyjnej gospodarki.
3. Mieszkańcy regionu objęci są porównywalnym systemem edukacji o wysokiej jakości, ułatwiającym udany start na zintegrowanym europejskim rynku pracy, bez barier w zakresie wzajemnego uznawania kwalifikacji naukowych i zawodowych. Należy stworzyć warunki umożliwiające zachowanie równowagi pomiędzy życiem zawodowym a rodzinnym.
4. W Regionie Południowego Bałtyku Przyszłości funkcjonuje sprawny nowoczesny multimodalny system transportowy z gęstą siecią połączeń drogowych i kolejowych, jak również wodnych – śródlądowych i morskich, ze szczególnym uwzględnieniem połączeń pomiędzy małymi i dużymi portami, tak w zakresie obrotu towarowego, jak i ruchu turystycznego.
5. Społeczeństwo Regionu Południowego Bałtyku Przyszłości jest silnie ugruntowane w swoich postawach obywatelskich, dysponuje wysokim kapitałem społecznym, jest otwarte, tolerancyjne oraz przy zachowaniu i poszanowaniu swoich specyficznych tożsamości kulturowych odczuwa również wspólną tożsamość bałtycką, zakorzenioną tak w wielowiekowej historii, jak i aktualnej bliskiej współpracy.
6. W regionie Morza Bałtyckiego funkcjonuje optymalny transgraniczny system opieki zdrowotnej. Cały region czerpie korzyści z własnych, przodujących na szczeblu międzynarodowym ośrodków badawczych w zakresie medycyny, techniki i gospodarki medycznej oraz ściśle współpracuje ze sobą w tym zakresie.
7. Region Południowego Bałtyku Przyszłości jest dobrze prosperującym regionem o wyrównanych warunkach bytowych mieszkańców.

**Parlament Wolnego Hanzeatyckiego  
Miasta Hamburga**



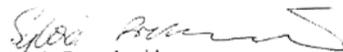
Silke Vogt-Deppe  
Przewodnicząca Delegacji

**Sejmik Województwa  
Zachodniopomorskiego**



Kazimierz Drzazga  
Wiceprzewodniczący Sejmiku

**Parlament Kraju Związkowego  
Meklemburgii-Pomorza Przedniego**



Sylvia Bretschneider  
Prezydent Parlamentu

**Sejmik Województwa  
Pomorskiego**

Marek Biernacki  
Wiceprzewodniczący Sejmiku



**Parlament Kraju Związkowego  
Szlezwika-Holsztynu**



Bernd Voß  
Przewodniczący Komisji Spraw Europejskich

**Sejmik Województwa  
Warmińsko-Mazurskiego**



Julian Osiecki  
Przewodniczący Sejmiku

**Resolution des  
9. Forum der Parlamente der Südlichen Ostsee  
am 3. bis 5. Juli 2011, Gdańsk**

***Bewertung der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum***

Das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee - Vertreter der Sejmiks der Woiwodschaften Pomorskie, Zachodniopomorskie und Warminsko-Mazurskie, der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und von Schleswig-Holstein, der Hamburgischen Bürgerschaft und der Gebietsduma der Kaliningrader Oblast - hat während der Jahreskonferenz vom 3. bis 5. Juli 2011 in Danzig im Beisein der gewählten Vertretungskörperschaft der Region Skåne auf der Grundlage zweier Arbeitsgruppensitzungen in Schwerin und Brüssel mit Sachverständigen aus allen Regionen den Themenkomplex der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum beraten und dabei insbesondere folgende Schwerpunkte erörtert:

- die Entwicklung des Tourismus,
- die Entwicklung der Bildung,
- die zukünftige Finanzierung der EU-Strategie für den Ostseeraum,
- die Stärkung des mehrstufigen Regierungssystems (Multi-Level-Governance) und
- die Zukunft der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, der Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaft der EU mit der Russischen Föderation

Das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee stellt fest, dass die EU-Strategie für den Ostseeraum, als ein Beispiel einer makroregionalen Entwicklungsstrategie der Europäischen Union, erfolgreich dazu beiträgt, die ostseebezogenen Aktivitäten der Regionen und der Mitgliedstaaten auf allen Ebenen zu vernetzen und konkrete, im Aktionsplan genannte Projekte zu bündeln, neue Initiativen zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Die Strategie erfordert es, dass sektorale, nationale und regionale Politiken kohärent auf sie abgestimmt werden.

Aufgrund der Beratungen im Parlamentsforum und auf der Grundlage des Fortschrittsberichtes der Kommission über die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vom 22. Juni 2011 (KOM (2011) 381 endg.) wurde das Folgende beschlossen:

**I**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen dazu auf, den hier dargelegten Aspekten im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen und Anpassungen des Aktionsplanes besondere Bedeutung beizumessen und sieht es als notwendig an,

- die Inhalte der EU-Strategie für den Ostseeraum intensiver auf die Inhalte und Ziele der Strategie Europa 2020 abzustimmen,
- die zukünftige Kohäsionspolitik und andere Finanzierungsquellen wesentlich stärker als bisher auf die Ziele der EU-Strategie für den Ostseeraum auszurichten.

## II

In Bezug auf für das Parlamentsforum Südliche Ostsee besonders wichtige Politikbereiche werden die nachfolgenden Schlussfolgerungen gezogen:

### **1. Tourismus**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) ist der Auffassung, dass die politische Dynamik bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene auch im Bereich Tourismus aufrecht erhalten werden muss und hält seine Zielstellung aufrecht, dass die Südliche Ostsee EU-übergreifend unter Einbeziehung der Kaliningrader Oblast als attraktive Urlaubsregion auch für Gäste aus anderen europäischen Staaten und außerhalb Europas zu vermarkten ist;
- b) betont vor diesem Hintergrund die Bedeutung einer intensiven Zusammenarbeit aller Akteure mit der Europäischen Kommission im Bereich Tourismus und erkennt an, dass die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Tourismus zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ergänzen muss;
- c) begrüßt die jährliche Durchführung des Ostsee-Tourismus-Forums (Baltic Sea Tourism Forum), wodurch die Beschlüsse des 3. Parlamentsforums Südliche Ostsee aus dem Jahre 2005 in Binz umgesetzt werden und betont in diesem Zusammenhang, dass mit diesem Baltic Sea Tourism Forum ein gemeinsames Format in der Ostseeregion entwickelt worden ist. Damit können die Marketingaktivitäten aus der Region enger miteinander vernetzt werden. Dies dient der Entwicklung und Förderung des Tourismus. Es erleichtert die gemeinsame Entwicklung von Tourismusangeboten, damit zusammenhängenden Dienstleistungen und das gemeinsame Marketing;
- d) spricht sich dafür aus, in Zukunft weiter kontinuierlich Qualitätsanalysen von den Projekten und ihrer nachhaltigen Wirkung durchzuführen, um Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und tatsächliche Verbesserungen zu erreichen.

## **2. Bildung**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee vertritt die Auffassung, dass

- a) der Bereich „Bildung“ eine der wichtigsten Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit und für den Wohlstand in der Ostseeregion darstellt. Die kostbarste Ressource sind die Bürgerinnen und Bürger. Ihr Wissen, ihre Innovationsfähigkeit sowie ihre Kreativität sind tragende Säulen in einem zunehmenden globalen Wettbewerb. Eine hochwertige Vorschul-, Primarschul-, Sekundarschul-, Hochschul- und Berufsbildung ist von zentraler Bedeutung;
- b) besonders relevante Themenfelder im Bildungsbereich des Ostseeraums sind:
  - die Senkung der Schulabbrecherquote,
  - die Erhöhung des Anteils der Bevölkerung, der über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügt sowie
  - die Sicherstellung reibungsloser Übergänge an Schnittstellen des Bildungswesens, wie z. B. von der Schule zur Berufsausbildung
- c) Austauschprogramme in Schulen und sonstigen Institutionen der beruflichen Bildung weiter ausgebaut werden sollen. Die Mehrsprachigkeit ist zu fördern;
- d) ein gemeinsames Demokratieverständnis und eine gemeinsame Identität in der Ostseeregion unter Wahrung der kulturellen Besonderheiten unter anderem über die Jugendorganisationen zu entwickeln sind;
- e) Kooperationen im Hochschulbereich anzustreben und dabei Mobilitätsbarrieren für Forscher und Studierende abzubauen sind;
- f) in einer sich rasch wandelnden Welt dem lebenslangen Lernen ein hoher Stellenwert eingeräumt werden muss. Dies ist der Schlüssel zu Beschäftigung, wirtschaftlichem Erfolg und umfassender gesellschaftlicher Teilhabe;
- g) im Rahmen der Freizügigkeit in den beteiligten Mitgliedstaaten eine schnelle und unbürokratische Anerkennung von Ausbildungs- sowie von Hochschulabschlüssen erreicht und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten sichergestellt werden sollen;
- h) die Arbeitgeber in den Bildungsprozess, unter anderem durch die Vermittlung ihres Wissens und ihrer Erfahrung, stärker einbezogen werden sollen.

### **3. Finanzierung der EU-Strategie für den Ostseeraum**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

- a) fordert eine bessere Anpassung der vorhandenen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten an die Ziele der EU-Ostseestrategie und
- b) unterstützt die Kommission in ihren Bestrebungen, die Aktionen und Projekte stärker als bisher darauf auszurichten, dass nach Auslaufen einer zeitlich begrenzten finanziellen Förderung eine Fortsetzung der jeweiligen Maßnahme ermöglicht wird, um eine nachhaltige Förderung zu erreichen,
- c) sieht es als notwendig an, die Möglichkeiten, neue Projekte in den Aktionsplan der EU-Strategie für den Ostseeraum einzubringen und ihre Finanzierung transparenter und einfacher zu gestalten,
- d) sieht es als erforderlich an, dass die Mitgliedstaaten und die Regionen im Rahmen der Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2013 in ihren operationellen Programmen verstärkt Finanzmittel für die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vorsehen. Um die in die Region fließenden EU-Mittel für die Umsetzung der Ostseestrategie nutzen zu können, ist es notwendig, entsprechende Zweckformulierungen in das Regelwerk für die Vergabe der Strukturfondsmittel für die nächste Haushaltsperiode (2014-2020) aufzunehmen,
- e) regt an, solche Investitionsbedarfe, die im Rahmen der Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit ermittelt wurden, nach Möglichkeit und Maßgabe der Ziele der Kohäsionsfonds und des jeweils zugrunde liegenden Operationellen Programms umzusetzen,
- f) sieht es als erforderlich an, dass die EU-Strategie für den Ostseeraum Unterstützung für gemeinsame Prioritäten vorsieht, die durch operationelle Programme konkretisiert werden und im Rahmen der Strategie 2020 für mehr als eine Region gelten.

#### **4. Mehrebenensystem - Multi-Level-Governance**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht bei der Umsetzung der Strategie in Bezug auf das mehrstufige Regierungssystem (Multi-Level-Governance und good governance) folgenden Optimierungsbedarf:

- a) Zur weiteren Stabilisierung der Makroregion ist eine eigene, verbindende Identität der Ostseeregion als Basis für eine gemeinsame Strategie als emotionales Bindeglied erforderlich.
- b) Der integrierte Politikansatz der Strategie erfordert eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit der einzelnen Akteure auf allen Stufen des Mehrebenensystems. Dies erfordert im Rahmen der Umsetzung - wie dies bei der Erarbeitung der Strategie der Fall war - eine aktive und dauerhafte Einbindung der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene unmittelbar durch die Europäische Kommission.
- c) Die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation ist durch eine laufende Beteiligung der nationalen und der regionalen Parlamente an dem Umsetzungs- und Evaluierungsprozess der EU-Ostseestrategie zu stärken (z. B. Unterrichtung über die Umsetzungsberichte der priority area coordinators und die Sitzungen der High Level Group).
- d) Das Verfahren zur weiteren Überarbeitung des Aktionsplans muss transparent sein. Insbesondere ist es notwendig, dass überarbeitete Fassungen rechtzeitig im Entwurf mit den Mitgliedstaaten abgestimmt und die Regionen in das Verfahren, wie bereits bei dem Erarbeitungsprozess der Strategie geschehen, mit einbezogen werden

#### **5. Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik**

Für eine kohärente und harmonische Entwicklung des Ostseeraumes ist eine intensive Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten, einschließlich Russlands und Norwegens notwendig.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee ist der Auffassung, dass

- a) die Mittel für die Umsetzung der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der EU erweitert werden sollen, was mit der Erweiterung der Möglichkeiten der Umsetzung der europäischen makroregionalen Politik gleichgesetzt wird;
- b) unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen und touristischen Aspekte die Unterstützung und das Engagement der Grenzregionen an den Außengrenzen der Europäischen Union im sogenannten Bereich des „kleinen Grenzverkehrs“ gesteigert werden soll. Dabei soll eine Öffnung der Grenzübergänge auf dem Land und auf dem Wasser ermöglicht werden;

**III.**

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee nimmt die Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landtages an, das 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Jahre 2012 auszurichten.

Sejmik der Wojewodschaft Pomorskie

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sejmik der Wojewodschaft  
Zachodniopomorskie

Landtag Schleswig-Holstein

Sejmik der Wojewodschaft Warmińsko-  
Mazurskie

Hamburgische Bürgerschaft

Kaliningrader Gebietsduma

Gdańsk, den 05. Juli 2011

**Rezolucja****IX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku  
w dniach 3-5 lipca 2011 w Gdańsku*****Ocena realizacji Strategii Unii Europejskiej dla Regionu Morza Bałtyckiego***

IX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku, składające się z niemieckich Landów: Szlezwika – Holsztynu, Meklemburgii Pomorza Przedniego, Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta Hamburg, polskich województw: Zachodniopomorskiego, Warmińsko – Mazurskiego, Pomorskiego oraz Dumy Obwodu Kaliningradzkiego, w obecności Parlamentu Regionu Skania, podczas spotkań grup roboczych, które odbyły się w Szwerinie w dniach 30-31 stycznia 2011r., w Brukseli w dniach 3-4 kwietnia 2011r. oraz podczas konferencji w dniach 3-5 lipca 2011r. w Gdańsku obradowało z udziałem ekspertów ze wszystkich uczestniczących regionów na temat oceny realizacji Strategii Morza Bałtyckiego. W szczególności odniosło się do następujących zagadnień:

- rozwój turystyki;
- rozwój edukacji,
- przyszłe finansowanie Strategii Unii Europejskiej dla Regionu Morza Bałtyckiego (SUE RMB),
- wzmocnienie wielopoziomowego systemu zarządzania (Multi – Level – Governance);
- przyszłość Europejskiej Współpracy Terytorialnej oraz polityka sąsiedztwa i partnerstwo UE z Federacją Rosyjską;

IX Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku stwierdza, że SUE RMB – będąca przykładem makroregionalnej strategii rozwoju – przyczynia się z sukcesem do integracji działań regionów i państw, członków UE na wszystkich poziomach działania i praktycznej realizacji konkretnych projektów oraz inicjatyw, zawartych w załączonym do niej Planie Działania. Pozwala ona powiązać projekty,

rozwinąć nowe inicjatywy i umożliwić ich praktyczne wdrożenie. Realizacja strategii wymaga spójnego powiązania polityk regionalnych, narodowych i sektorowych.

W ramach obrad Forum Parlamentów i na podstawie sprawozdania Komisji Europejskiej w sprawie wdrażania SUE RMB z dnia 22.06.2011 r. (KOM (2011) 381 wersja ost.) zostało ustalone co następuje:

## I

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku wzywa instytucje europejskie i rządy narodowe, aby w ramach regularnych przeglądów i dostosowań Planu Działania nadać przedłożonym aspektom szczególne znaczenie oraz zauważa konieczność:

- bardziej intensywnego dostosowania treści SUE RMB do treści i celów Strategii Europa 2020;
- bardziej intensywnego niż dotychczas skierowania przyszłej polityki spójności i innych źródeł finansowania na cele SUE RMB

## II

W nawiązaniu do szczególnie ważnych dla Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku obszarów politycznych wypracowane zostały następujące wnioski:

### 1. Turystyka

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku:

- a) jest zdania, że nadal należy utrzymywać dynamiczny rozwój w zakresie realizacji SUE RMB w obszarze turystyki na płaszczyźnie europejskiej, narodowej i regionalnej;
  - celowym jest dalsze promowanie w Europie Regionu Południowego Bałtyku wraz z Obwodem Kaliningradzkim jako atrakcyjnego regionu turystycznego dla gości z innych krajów europejskich i poza europejskich;
- b) w związku z tym podkreśla znaczenie intensywnej współpracy wszystkich zaangażowanych stron z Komisją Europejską w obszarze turystyki oraz
  - uznaje fakt, że Unia Europejska po wdrożeniu Traktatu Lizbońskiego zobowiązana jest do uzupełnienia działań państw członkowskich w zakresie turystyki na rzecz wspierania zdolności konkurencyjnej przedsiębiorstw;
- c) przyjmuje z zadowoleniem fakt organizacji corocznego Forum Turystycznego Państw Bałtyckich (Baltic Sea Tourism Forum) oraz – wdrożenia postulatów uchwalonych przez III Forum Parlamentów Południowego Bałtyku w 2005 r. w Binz.
  - podkreśla, że dzięki Forum Turystycznemu Państw Bałtyckich stworzona została wspólna marka w regionie Morza Bałtyckiego, pozwalająca na powiązanie regionalnych działań marketingowych, co służy rozwojowi i promocji turystyki, a także ułatwia wspólne prace w zakresie sporządzania ofert turystycznych oraz powiązanych z tym usług i wspólnych działań marketingowych;

- d) opowiada się za tym, aby w przyszłości nadal prowadzić analizę jakościową projektów, jak i ich zrównoważonego oddziaływania, w celu osiągnięcia rzeczywistej poprawy.

## **2. Edukacja**

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku uważa, że:

a) dziedzina edukacji jest jedną z najważniejszych podstaw dla zapewnienia konkurencyjności i dobrobytu w Regionie Morza Bałtyckiego. Najcenniejszym zasobem są obywatele. Ich wiedza, innowacyjność oraz kreatywność stanowią znaczące filary wzrastającej globalnej konkurencyjności. Zasadnicze znaczenie ma kształcenie o wysokiej jakości na wszystkich poziomach (przedszkolnym, podstawowym, średnim, wyższym i zawodowym).

b) Szczególne znaczenie w ramach edukacji w obszarze Morza Bałtyckiego ma:

- o zmniejszenie liczby osób przerywających naukę;
- o zwiększenie liczby mieszkańców z wyższym lub równoważnym wykształceniem;
- o zapewnienie przepływu na różnych poziomach edukacji, np. pomiędzy kształceniem ogólnym a zawodowym;

c) należy w dalszym ciągu rozbudowywać programy wymiany w szkołach i innych instytucjach kształcenia zawodowego, jak również rozwijać kompetencje językowe obywateli;

d) należy wspierać edukację w zakresie wychowania do demokracji, budowanie tożsamości w Regionie Morza Bałtyckiego z poszanowaniem różnic kulturowych oraz rozwijać w tym zakresie współpracę organizacji młodzieżowych;

e) należy wspierać współpracę szkół wyższych, usunąć istniejące bariery mobilności dla naukowców i studentów;

- f) kształcenie ustawiczne, szczególnie w szybko zmieniającym się świecie, ma duże znaczenie i jest kluczem do zdobycia zatrudnienia, osiągnięcia sukcesu gospodarczego i funkcjonowania w społeczeństwie;
- g) dla zapewnienia ponadgranicznej mobilności, umożliwiającej dalsze kształcenie obywateli państw członkowskich, należy wprowadzić wzajemną uznawalność wykształcenia i uprościć procedury nostryfikacyjne;
- h) należy w większym stopniu włączać pracodawców w proces edukacji, przekazywania wiedzy, doświadczenia i służenia zapleczem technicznym w czasie kształcenia zawodowego.

### **3. Finansowanie**

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku:

- a) postuluje lepsze dostosowanie istniejących możliwości i źródeł finansowania do celów SUE RMB i
- b) wspiera Komisję Europejską w dążeniach, aby realizowane działania i projekty mocniej niż dotychczas ukierunkowane były na trwałość realizowanych projektów, tak aby umożliwić ich kontynuację również po ustaniu zewnętrznego finansowania („trwałość projektu”);
- c) widzi potrzebę realizacji nowych projektów w ramach Planu Działania SUE RMB, uproszczenia procedur realizacji projektów oraz zapewnienia przejrzystości ich finansowania;
- d) postuluje, aby w ramach polityki spójności po 2013r. kraje członkowskie UE i regiony w swoich programach operacyjnych przewidziały pule środków finansowych realizowanych za pomocą programów operacyjnych, ukierunkowując je na realizację celów SUE RMB; w tym celu konieczne jest określenie

odpowiednich zasad w wytycznych wydatkowania środków unijnych w następnym okresie finansowania 2014-2020;

e) postuluje aby finansowanie projektów inwestycyjnych nadal było możliwe w ramach programów ze środków Europejskiej Współpracy Terytorialnej zgodnie z możliwościami celów polityki spójności.

f) uważa, że SUE RMB powinna uwzględniać wsparcie dla wspólnych priorytetów realizowanych w ramach programów operacyjnych, które są wspólne dla więcej niż jednego regionu w Regionie Morza Bałtyckiego, finansowanych w ramach Polityki Spójności 2014- 2020.

#### **4. Wielopoziomowe zarządzanie (Multi Level Governance)**

W ramach wdrażania Strategii w odniesieniu do wielopoziomowego zarządzania (Multi Level Governance i Good Governance), Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku widzi, że:

a) konieczne jest wykorzystanie własnej tożsamości regionalnej Regionu Morza Bałtyckiego jako bazy do budowania stabilności makroregionu;

b) realizacja SUE RMB wymaga zintegrowanej polityki opartej na bliskiej transgranicznej współpracy poszczególnych jednostek na wszystkich poziomach.

Wymaga to tak jak w przypadku tworzenia SUE RMB aktywnego i trwałego włączenia poziomów narodowych, regionalnych i lokalnych do współpracy z KE;

c) należy wzmocnić parlamentarny wymiar współpracy bałtyckiej poprzez stałe uczestnictwo parlamentów regionalnych w procesie wdrażania i ewaluacji SUE RMB (np. przekazywanie raportów koordynatorów obszarów priorytetowych ze stanu realizacji strategii, udział w posiedzeniach High Level Group)

d) dalsza procedura dostosowania Planu Działania powinna pozostać transparentna.

W szczególności konieczne jest uzgadnianie projektu zmian z państwami członkowskimi z zachowaniem odpowiednich terminów konsultacyjnych. W proces konsultacyjny powinny zostać włączone także regiony.

## **5. Polityka partnerstwa i sąsiedztwa**

Dla zapewnienia koherentnego i harmonijnego rozwoju Regionu Morza Bałtyckiego konieczna jest współpraca ze wszystkimi krajami bałtyckimi włączając w to Rosję i Norwegię.

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku uważa, że:

- a) należy zwiększyć pulę środków na realizację transnarodowej i transgranicznej i międzyregionalnej współpracy w ramach Unii Europejskiej ;
- b) należy zwiększyć poparcie i zaangażowanie regionów przygranicznych dla „małego ruchu granicznego” uwzględniając jego ekonomiczne i turystyczne aspekty, w tym umożliwić otwarcie nowych przejść granicznych, lądowych i wodnych.

### **III**

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku dziękuje Parlamentowi Szlezwika – Holsztynu za wyrażenie gotowości do zorganizowania X. Forum Parlamentów Południowego Bałtyku w 2012 r.

Sejmik Województwa Pomorskiego

Parlament  
Przedniego

Meklemburgii-Pomorza

Sejmik  
Zachodniopomorskiego

Województwa Parlament Ślązwicka - Holsztynu

Sejmik Województwa  
Mazurskiego

Warmińsko-

Rada Wolnego i Hanzeatycznego Miasta  
Hamburg

Duma Obwodu Kaliningradzkiego

Gdańsk, dnia 5 lipca 2011r.

**Резолюция**  
**IX Форума региональных парламентов Южной Балтики**  
**г. Гданьск, 3-5 июля 2011г.**

**«Оценка реализации Стратегии Европейского союза для Региона  
Балтийского моря»**

IX Форум региональных парламентов Южной Балтики, в состав которого входят представители немецких земель: Шлезвиг-Гольштейн, Мекленбург – Передняя Померания, Гамбург; польских воеводств: Западнопоморского, Варминско-Мазурского, Поморского; Калининградской области РФ; в присутствии Регионального парламента региона Сконе, в ходе заседаний рабочих групп, прошедших в г. Шверин, 30-31 января 2011г. и в Брюсселе, 3-4 апреля, а также во время конференции, состоявшейся 3-5 июля 2011г. в Гданьске, при участии групп экспертов, представляющих все регионы – анализировало и обсуждало вопросы, относящиеся к оценке реализации Стратегии Балтийского моря. В частности обсуждались нижеследующие вопросы:

- развитие туризма;
- развитие образования;
- будущее финансирование Стратегии Европейского союза для региона Балтийского моря (СЕС РБМ);
- укрепление многоуровневой системы управления (Multi – Level – Governance);
- будущее Европейского территориального сотрудничества, а также политика соседства и стратегического партнерства ЕС - Российская Федерация;

IX Форум региональных парламентов Южной Балтики пришел к выводу, что – являясь примером макрорегиональной политики Европейского союза – СЕС

РБМ позволит содействовать интеграции действий регионов и государств - членов ЕС, на всех уровнях, путём реализации конкретных проектов, содержащихся в прилагаемом к ней Плане мероприятий. Она позволяет связывать проекты, развивать новые инициативы и внедрять их на практике. Реализация стратегии требует единства региональных, национальных и секторных политик. В рамках заседания Форума региональных парламентов и на основании Отчета Европейской комиссии «о внедрении СЕС РБМ от 22.06.2011 г. (КОМ (2011) 381 окончательная версия) было принято решение о нижеследующем:

## I

Форум региональных парламентов Южной Балтики призывает институты Европейского союза и правительства отдельных государств к тому, чтобы в ходе периодических просмотров и приведения в соответствие Плана мероприятий придать особое значение предложенным аспектам, а также замечает необходимость в том, чтобы:

- более активно приводить в соответствие содержание СЕС РБМ с содержанием и целями Стратегии «Европа 2020»;
- более активно, чем это имеет место в настоящее время, направлять будущую политику единства и другие источники финансирования на цели СЕС РМБ.

## II

В ходе Форума региональных парламентов Южной Балтики были сформулированы нижеследующие выводы.

### 1. Туризм

Форум региональных парламентов Южной Балтики

а) считает, что в дальнейшем следует поддерживать динамическое развитие в области реализации СЕС РБМ в области туризма на европейском, национальном и региональном уровнях;

- является целесообразным дальнейшее продвижение Региона Южной Балтики совместно с Калининградской областью РФ как туристического региона, привлекательного для гостей из других европейских и неевропейских стран;

б) в связи с тем подчеркивает значение интенсивного сотрудничества всех участвующих в нем сторон с Европейской комиссией в области туризма

и

- признает факт, что Европейский союз после внедрения Лиссабонского договора обязан дополнить действия стран-участниц в области туризма в пользу поддержки конкурентоспособности предприятий;

с) с удовлетворением принимает факт, ежегодной организации Туристического форума стран Балтийского моря (Baltic Sea Tourism Forum) и внедрения требований III Форума региональных парламентов Южной Балтики в 2005 г. проходившего в г. Бинц.

Подчеркивает, что благодаря Туристическому форуму Стран Балтийского моря был разработан общий бренд в регионе Балтийского моря, позволяющий связать региональные маркетинговые действия, что способствует развитию и продвижению туризма, а также облегчает совместную работу в области

разработки туристических предложений, связанных с этим услуг и совместных маркетинговых действий;

d) высказывается за дальнейшее проведение качественного анализа проектов и их устойчивого воздействия в будущем, с целью их реального улучшения.

## **2. Образование**

Форум региональных парламентов Южной Балтики считает, что:

a) образование является одной из важнейших основ для обеспечения конкурентоспособности и благосостояния в Регионе Балтийского моря. Самыми ценными ресурсами являются граждане. Их знания, инновационность и креативность являются существенными опорами возрастающей глобальной конкурентоспособности. Основное значение имеет высококачественное образование на всех уровнях (дошкольном, школьном, среднем, высшем и профессиональном);

b) особое значение для образования в зоне Балтийского моря имеют:

- рост числа населения с высшим и равным высшему образованию;
- сокращение числа лиц, прекращающих обучение;
- обеспечение свободного движения между разными уровнями образования, напр. между общим и профессиональным образованием;

c) в дальнейшем следует расширять программы по обмену молодежью между школами и другими учреждениями профессионального образования, а также развивать языковую компетентность населения;

d) следует содействовать образованию в области воспитания для демократии, формированию тождественности в регионе Балтийского моря с одновременным уважением к культурным различиям, а также развивать в данной области сотрудничество между молодежными организациями;

e) следует поддерживать сотрудничество между высшими учебными заведениями, устранять барьеры, противостоящие мобильности ученых и студентов;

f) непрерывное обучение, особенно в условиях быстро меняющегося мира, имеет большое значение и является условием для успешного трудоустройства, экономического успеха и функционирования в обществе;

g) для обеспечения трансграничной мобильности, создающей возможности для дальнейшего образования граждан государств – членов ЕС, следует ввести конвертируемость образования и упростить процедуры нострификации;

h) следует в большей степени включить работодателей в процесс обучения, передачи знаний и опыта, а также предоставления научно-технической базы для профессионального обучения;

### **3. Финансирование**

Форум региональных парламентов Южной Балтики требует:

a) лучшей адаптации существующих возможностей и источников финансирования для целей СЕС РБМ и

b) поддерживает Европейскую комиссию в стремлении к тому, чтобы реализованные действия и проекты были более направлены на устойчивость реализованных проектов, так чтобы существовала возможность продолжать их, также после закрытия внешнего финансирования («устойчивость проекта»);

c) видит необходимость реализации новых проектов в рамках Плана мероприятий по реализации Стратегии ЕС для РБМ, упрощения процедур по реализации проектов, а также обеспечения прозрачности и финансирования;

d) требует, чтобы в рамках политики единства после 2013г. страны-участницы ЕС и регионы в своих программах оперативного управления предвидели сумму финансовых средств направленных на реализацию целей СЕС РБМ; для этого необходимо определить соответствующие принципы в руководстве по израсходованию европейских средств в очередной период финансирования 2014-2020;

e) требуется, чтобы финансирование инвестиционных проектов в дальнейшем было возможно в рамках средств Европейского территориального сотрудничества, согласно возможностям целей политики единства;

f) СЕС РБМ должна учитывать поддержку для совместных приоритетов, реализованных в рамках программ оперативного управления, общих для более чем одного региона в Регионе Балтийского моря, финансируемых в рамках политики единства 2014 – 2020.

#### **4. Многоуровневое управление (Multi Level Governance)**

В рамках внедрения Стратегии относительно многоуровневого управления (Multi Level Governance i Good Governance), Форум региональных парламентов Южной Балтики замечает, что следует:

a) использовать собственную региональную тождественность РБМ в качестве базы для формирования стабильности макрорегиона;

b) реализация СЕС РБМ требует интегрированной политики, основывающейся на близком трансграничном сотрудничестве отдельных единиц на всех уровнях. Это требует также, как и в случае разработки СЕС РБМ, активного и постоянного включения национальных, региональных и местных уровней в сотрудничество с ЕК;

с) следует укрепить парламентское измерение балтийского сотрудничества путем непрерывного участия региональных парламентов в процессе внедрения и эвальвации СЕС РБМ (напр. передача отчетов координаторов приоритетных областей на тему реализации стратегии, участие в заседаниях High Level Group);

d) дальнейшая процедура приведения в соответствие Плана мероприятий должна оставаться прозрачной, в частности, является необходимым согласование проекта изменений с государствами – членами при соблюдении намеченных сроков консультации. В процесс консультации должны включаться также регионы.

## **5. Политика соседства и стратегического партнерства**

Для обеспечения когерентного и гармонического развития Региона Балтийского моря необходимым является сотрудничество со всеми государствами Балтийского моря, включая Россию и Норвегию.

Форум региональных парламентов Южной Балтики считает, что следует:

a) увеличить количество средств, предназначенных на реализацию транснационального и трансграничного сотрудничества в рамках ЕС;

b) расширить со стороны приграничных регионов поддержку и активизировать стремление к «малому приграничному движению», учитывая его экономические и туристические аспекты, в том числе, способствовать открытию новых пограничных пунктов пропуска – автомобильных и водных;

### **III**

Форум региональных парламентов Южной Балтики

- благодарит Парламент Земли Шлезвиг-Гольштейн за готовность организовать X Форум региональных парламентов Южной Балтики в 2012г.

Сеймик Поморского воеводства

Парламент Земли  
Передняя Померания

Мекленбург-

Сеймик  
воеводства

Западнопоморского

Парламент Земли Шлезвиг-Гольштейн

Сеймик  
воеводства

Варминско-Мазурского

Совет Вольного и ганзейского города  
Гамбург

Калининградская областная Дума

г. Гданьск, 05 июля 2011г.